

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“.

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, 2. — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frachtposten. — Vierteljährlich durch alle deutschen Buchhandlungen, einschließlich Fernabsatz. — Bezugs-Preise für den Ausland: 1.00 Mk. für die deutsche Reichspost, 1.10 Mk. für die übrigen Länder. — Die Ausgabe für den Ausland ist in allen Teilen der Welt, in Deutschland die deutschen Reichspost, in den übrigen Ländern die deutschen Reichspost, in den übrigen Ländern die deutschen Reichspost.

Anzeigen-Preis für die Zeilen: 10 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einwöchiger Spalte; 20 Pfg. für Anzeigen in anderen Abteilungen, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Mk. für lokale Anzeigen; 2 Mk. für auswärtige Anzeigen. — Die Ausgabe für den Ausland ist in allen Teilen der Welt, in Deutschland die deutschen Reichspost, in den übrigen Ländern die deutschen Reichspost, in den übrigen Ländern die deutschen Reichspost.

Wiedrigste-Kategorie: Für die Wiedrigste-Kategorie, bis 12 Uhr mittags, für die Wiedrigste-Kategorie, bis 12 Uhr mittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatt: Berlin-Wilmersdorf, Wilmersdorf, 66, Fernspr.: Amt 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgerichteten Tagen und Wochentagen wird keine Gebühr erhoben.

Samstag, 28. Februar 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 99. - 62. Jahrgang.

## Die Politik der Woche.

Zu Beginn dieser Woche wurde die politische Welt durch die Nachricht alarmiert, daß der Reichskanzler v. Bethmann-Sollweg sich mit dem Plan trage, dem Reichstag Ausnahme-gesetze zwecks Bekämpfung der deutschfeindlichen Agitation in Eliaß-Lothringen vorzulegen, und konservative Blätter fügten hinzu, daß, falls die Volksvertretung für diese Maßnahmen nicht zu haben sei, auch vor einer Auflösung des Reichstags nicht zurückgeschreckt werden solle. Diese Warnmeldung klang nun freilich einigmaßen unwahrscheinlich, da sich bei den früheren Debatten im Reichstag über die gleiche Frage alle Parteien bis auf beiden konservativen gegen eine solche Ausnahme-gesetzgebung erklärt hatten. Jene sensationelle Meldung ist denn auch schnell demontiert worden.

In einer sehr schwierigen Lage befindet sich das Kabinett Stürgkh in Österreich, das sich bisher vergeblich bemüht hat, den Reichstag wieder arbeitsfähig zu machen. Um nun die Parlamentsmaschine in Gang zu bringen, hat man zu dem alten beliebten Mittel gegriffen, die Lischenen auf Kosten der Deutschen zu „verfälschen“. Die von der Regierung vorgelegene Grundlage für den deutsch-böhmischen Ausgleich ist von den deutschen Parteien mit Recht als unannehmbar bezeichnet worden, und ob angesichts der durch die Begünstigung der Lischenen hervorgerufenen Erregung die neuerdings eingeleiteten Kompromiß-Verhandlungen noch einen Erfolg zeitigen werden, das vermag niemand zu sagen. Der jetzt entbrannte Leidenschaftskampf um die Landeshauptstadt Prag als recht fraglich. Wohin die Nationalitätenkämpfe führen können, das hat man soeben auch in Transleithanien an einem blutigen Beispiel erfahren. Wenn auch die Bemühungen zu dem gemeinsamen Bombenattentat in Debreczin noch nicht einwandfrei festgestellt wurden, steht die Budapest-Polizeibehörde doch auf dem Standpunkt, daß es sich hierbei um ein politisches Attentat handelt, das die einen den ungarischen Nationalen, die anderen aber der slavophilen Partei in die Schuhe schieben wollen, wobei behauptet wird, daß die Fäden der Verschwörung nach Rußland hinüberlaufen.

Auch sonst ist in den Beziehungen zwischen der Donaumonarchie und dem Zarenreiche, wo unter dem neuen Kabinett Gorenzkin ein scharfer Kurs in der auswärtigen Politik einzuführen scheint, eine unverkennbare Spannung wahrzunehmen. Dagegen lassen die Berichte über den in Petersburg abgehaltenen Kronrat erkennen, daß der Ministerpräsident der Duma gegenüber zunächst jedenfalls nicht den Mann der starken Faust spielen will. Das wird für die Panlawisten eine Enttäuschung bedeuten, aber da Gorenzkin zweifellos das Ohr des Zaren hat, wird seine Position dadurch kaum gefährdet werden.

Nicht weniger ist dagegen die Stellung des französischen Kabinetts geworden. Zwar hat Doumergue der Kammer glücklich das Budget-Provisorium abgerufen, und auch bei der Intervention über die Evidenzen im französischen Heer kam die

Regierung noch mit einem blauen Auge davon. Diese beiden Siege wurden aber reichlich aufgemoggen durch die Ablehnung, welche Cailleur's Finanzprogramm, dessen Rückgrat die Einkommensteuer ist, im Senat gefunden hat, und die Position des Kabinetts hat dadurch zweifellos einen ernstlichen Stoß erlitten.

Auch das englische Kabinett Asquith hat sein Sorgenpäckchen. Während Churchill's Flottenbauprogramm den einen zu viel, den anderen zu wenig bringt, droht die Witterfrage einen ernstlichen Keil in die liberale Regierungspartei zu treiben. Dazu kommen durchaus nicht leicht zu nehmende Kämpfe an der britisch-afghanischen Grenze, und endlich hat die Erschießung des Engländers Vinton durch den mexikanischen Rebellenführer Villa im Britenreiche eine starke Erregung ausgelöst, während das Kabinett keine Neigung zeigt, sich auf das gefährliche Spiel einer Interventionspolitik einzulassen.

Doch die Mächte so mit ihren eigenen Angelegenheiten beschäftigt sind, scheint der Pazifizierungspolitik auf dem Balkan zugute zu kommen. Jedenfalls hat die schießlich-friedliche Verständigung in dieser Woche weitere Fortschritte gemacht, und auch der Mbret von Albanien — man weiß noch nicht genau, ob die offizielle Übersetzung Kuri oder König lauten soll — hat sich bereits reisefertig gemacht, um nach der offiziellen Annahme der Krone und der Abschwörung seiner Antipathie in Petersburg die Ausreise nach Durazzo anzutreten, zu der man ihm aufrichtig und von Herzen „gütliche Fahrt“ wünschen wird.

## Politische Übersicht.

### Zur Gründung der elsaß-lothringischen Verteidigungsliga

wird uns von einem alten Reichsländer Altschweizer geschrieben: Die im Landtagsgebäude zu Straßburg unter dem Vorsitz des Präsidenten der Zweiten Kammer, Dr. Nollin, am 26. Februar 1914 zusammengetretene Versammlung von angesehenen Vertretern beider Kammern des Landtags und der Presse beschloß, wie gemeldet, einstimmig die Gründung einer Liga zur Verteidigung Elsaß-Lothringens gegen Verunglimpfungen durch Altschweizer, besonders durch die altschweizerische Presse. Es wäre zu wünschen, daß bei den Beratungen dieser Kommission die französische Unart nicht zu sehr abfärbte, was nach ihnen Verunglimpfungen Deutschlands erlaubt sind, die verunglimpfen Deutschen sich aber nicht einmal dagegen wehren dürfen. Es ist doch auch in Elsaß-Lothringen kein Geheimnis, daß die Anrufungen von Elsaß-Lothringern ausgegangen sind und leider auch jetzt noch ausgehen. So unverständlich und böswillig wie die Altschweizer in Versammlungen, durch die Presse und durch die Karikaturenzeichner von Elsaß-Lothringern wider besseres Wissen besudelt werden, fallen nicht einmal die dadurch veranlaßten Entgegnungen in der altschweizerischen Presse aus, während sie die anderen Organe entweder mit Verachtung strafen oder ohne Kommentar niedriger hängen. — Also zu allererst im eigenen Landchen den Unverstandigen und Böswilligen den Maulkorb angelegt! Dann wird der eines Kulturvolkes unwürdige Zustand, welchen die

überwältigende Mehrheit der Alt- und Neuburgischen bedauert, auch ohne die Liga ein Ende haben.

### Zweierlei Maß in der Schweiz!

Die öffentliche Meinung in der Schweiz wird in den letzten Jahren in steigendem Maße durch die „Ausländer-Frage“ beschäftigt. Insbesondere ist es das massenhafte Einwandern italienischer Arbeiter in die schweizerischen Kantone, welches der Behörde viel Kopfzerbrechen macht. Das Entstehen zahlreicher italienischer Menschenkolonien innerhalb der verschiedenen deutschschweizerischen Kantone legt in der Tat diesen erhebliche Opfer auf. Sollen nicht die öffentlichen Schulen in ihrer Leistung dadurch beeinträchtigt werden, daß beim Unterricht auf die zahlreichen, der Landessprache nicht kundigen italienischen Kinder Rücksicht genommen werden muß, so bleibt nichts anderes übrig, als für diese eigene Volksschulen mit italienischer Unterrichtssprache unter staatlicher Kontrolle zu schaffen, und in diesen die Landessprache als Unterrichtssprache zu betreiben. Tatsächlich haben denn auch in den verschiedenen von der Frage betroffenen deutschschweizerischen Kantonen die Landesbehörden diesen Weg eingeschlagen. So sind mit amtlicher deutschschweizerischer Unterstützung zahlreiche solcher italienischer Volksschulen entstanden, deren Kosten zum größten Teil aus den Steuermitteln der einheimischen Bevölkerung getragen werden müssen. Während so den Italienssprachlichen von deutschschweizerischer Seite das größte Entgegenkommen gezeigt wird, verhalten sich die italienischen Schweizer gegenüber den berechtigten Wünschen der Deutschen im Kanton Tessin völlig anders. Die dort bestehenden deutschen Schulen genießen weder die Unterstützung noch das Wohlwollen der staatlichen und kommunalen Behörden des Kantons. Wie weit dies geht, läßt folgender bezeichnender Vorgang in Lugano erkennen. Dort besteht nach den „Mitteilungen des Vereins für das Deutschthum im Ausland“ die entsprechende Kolonie zurzeit zwei Schulen mit insgesamt 50 Schülern. Der Unterricht erfolgt in der deutschen Muttersprache, an zweiter Stelle wird in allen Klassen das Italienische gelehrt. Diese beiden Schulen besitzen wohl gut ausgestattete Schulzimmer, doch fehlt es an einem geeigneten Raum für den Turnunterricht. Der Schulkart richtete deshalb an den Stadtrat von Lugano die Bitte, zweimal wöchentlich eine der verschiedenen Turnhallen der städtischen Schulen benutzen zu dürfen, wobei er die Festlegung der Stunden den Stadtbehörden völlig überließ. Dieses gewiß bescheidene und berechnete Ansuchen ist von der italienischen Mehrheit des Stadtrats abgelehnt worden! Dieser Mangel an Entgegenkommen, der sich bezeichnend von der Haltung der deutschschweizerischen Behörden gegenüber den Deutschsprachlichen abhebt, erscheint um so unfreundlicher, als durch das Bestehen dieser deutschen Privatschulen die Stadt von der sonst unumgänglichen Notwendigkeit befreit bleibt, für die fremdsprachlichen Kinder in den städtischen Schulen sprachkundige Lehrer anzustellen und für den Anfangsunterricht besondere Klassen zu errichten. Der deutsche Schulkart wird infolgedessen an die Kantonsbehörden und, wenn notwendig, selbst an den Bundesrat herantreten. Die zahlreichen deutschen Fremden, die in jedem Jahr, zumal im Frühjahr, Lugano aufsuchen und sehr wesentlich zum Aufblühen des Ortes beitragen, sollten bei ihrem Aufenthalt nicht versäumen, den dortigen deutschen Schulen eine Geldbeihilfe zuteil werden zu lassen und sie dadurch in dem ihnen aufgezwungenen Konflikt um ihre deutschen Schulrechte zu unterstützen.

## Massenet-Feste.

Monte-Carlo, 24. Februar.

Massenet, der mit Vorliebe seine neuen Werke der Oper von Monte-Carlo für die fürstliche Feierlaube anvertraut und fast ausschließlich an der Riviera im Schloß der Grimaldi als Gast verweilt, ist hier gestern eine große posthume Ehrung erwiesen worden. Vor der Eröffnung seiner letzten Schöpfung, der auch in Paris mit Interesse erwarteten „Elophäre“, wurde dem Komponisten ein prächtiges Mahmal geweiht; die französische Regierung hatte zwei Torpedoboote, den Präzedenz und Gouverneur von Riga entsandt, dazu an Stelle des erkrankten Unterrichtsministers Viviani den Unterstaatssekretär der Schönen Künste Jacquier. Da am Sonntag ein fürchterliches Unwetter den ganzen Süden Frankreichs durchzog hatte, wurde die Feier ins Theater selbst verlegt. Auf der Bühne, wo der greise Massenet in den vergangenen Jahren im künstlerischen Fieber gemeinsam mit Direktor Raoul Gunsbourg „Roma“, „Don Quixotte“, „Espada“, „Théâtre“, „Chérubin“ und „Le Jongleur de Notre-Dame“ ausprobierte, fand die ganze überreiche Ernte seines reiches offenbart, stand diesmal auf einem Sockel die vom Fürsten Albert von Monaco gestiftete Büste des heimgegangenen Meisters. Der Fürst selbst presste vor dem geladenen Auditorium, in dem sich auch General Massenet de Marancourt, des Komponisten Bruder, befand, die Herzogen- und Gräfinnen seiner Freunde; dann verließ Jacques die von Viviani mit poetischem Schwung geschriebene Rede, in der Massenet's Harmonien, den Tränen Berührender und den Rufen „Viva“, die ewig lebende Erinnerung wurden. Eine zum ersten Male zu Gehör gebrachte „Suite Varnassienne“ von Massenet, die den Chören frohlockende Sopranaufrufe bis zu ungeahnten Höhen gestiegte

und eine kurze, eindrucksvolle, Wagner anverwandte Hymne ist, beendete den Festakt. Schon am Nachmittag, als die Sonne wieder über den geglätteten Mittelmeersfluten leuchtete, wurde die Büste, die dem Meister des in Paris lebenden, bekannten russischen Bildhauers Bernstamm entsprang und ebenso interessant wie ähnlich ist, inmitten der Blumen und Flaggen vor dem Theateringang auf die Porphyrsäule aufgestellt — ganz in der Nähe eines Verlorenen Monumente, bei dessen Enthüllung 1903 Massenet die Weisere gehalten hatte.

„Elophäre“ ging vor einem höchst vornehmen Publikum, dem viele deutsche, russische und englische Fürstlichkeiten angehörten, in Szene. Eine erstaunliche Leistung, dies Schwanenlied des bewußt dem nahen Tode verfallenen Massenet! Bei weitem nicht, wie manche befürchteten, eine der schwächeren Taten in der langen Reihe seiner Schöpfungen. „Ariane“ und „Bacchus“, die in der Pariser Großen Oper seine sehr lange Laufbahn hielten, schienen die allgemeine Ansicht zu bestätigen, daß seine ungewöhnlich zarte, amütierte lyrische Begabung seiner zu hochgehenden dramatischen Steigerung fähig sei. In „Roma“ wurden wiederum die weichen, melodischen Stellen als „edle Massenet“ gepriesen, dagegen die härteren Momente sowohl wie orchestrale als der natürlichen Leidenschaft enttötend beachtet. Ob der düstere Flügel Schlag des Todesengels Massenet heroischer Gedanken eingab? Er hatte die Liebe einer Kleopatra mit der Palette der Töne auszumalen: das bedurfte eines anderen Pinselstrichs als die meisterlichen Genrestücken „Manon“ und „Werther“, diese gasförmigen Baiteausen und tragischen Zaubers. Gleich im kurzen Vorspiel attardierten Rosamunden und Zerkowen mit gedächtnisreichen im Arabisthismus; Marc Antonius empfing an den Ufern des Cydnus die Abgesandten der unterworfenen Stämme, zuletzt auf goldenem Schiffe die Königin Ägyptens.

Louis Bache hatte mit kräftigem Unterstreichen sensueller Motive die antike Legende modern ausgeputzt, wie wir es seit Hoffmannsdahl lieben. Der römische Feldherr, der auch Sieger über weibliche Verführungskünste bleiben möchte, umschreibt bald wie ein Raubtier die rätselhafte, verheißungsvolle Frau. Dem von Ennius überbrachten Geheiß des Senats zum Tode gleitet er auf dem goldenen Boote den Lustschiffen Kleopatra zu. Im zweiten Akte, einer der reizvollsten Massenet'schen Liebesdramen, wird der nach Rom zurückgekehrte Antonius der jungfräulichen Octavia angeheiratet — ein in leichtesten Harmonien erdachter Hymenchor mit Klödenarabesken. Aber Ennius, der jetzt erst Ägypten verließ, weckt in Antonius die Erinnerung an Kleopatra; der Zauber ist stärker als seine Schwüre — er eilt über das Meer zu der Geliebten. Ein drittes Bild: im Hofviertel von Kleopatra, in einer Spelunke des Meeres sucht die Königin, als Jüngling verkleidet, nach neuen, ungeahnten Freuden. Der herkulische Sklave Spafos, der des Antonius Nachfolger wurde, ist an ihrer Seite, als sie die Reize eines tangenden epheubüchigen Knaben bewundert — Spafos, von Eifersuchtqualen gepeinigt, erwürgt den Länger. Volkshausstand: Kleopatra gibt sich zu erkennen; Trompeten verkünden die Rückkehr des Antonius; Spafos wird von Rindern gebändigt. — In den Gärten der Königin begegnet dem von Vergnügungen und Lust herausgelassenen Antonius die als Barmerin herbeigekommene, liebende Octavia. Ihr Fliesen hilft nichts; die Adler der römischen Legion ziehen unter den Masten Kleopatra huldigend vorüber. — Der Schlafakt, bei weitem der beste, läßt den vom eigenen Schwert zu Tode getroffenen Kleopatra in den Armen des endlich vom aufsteigenden, verzehrenden Liebe besessenen Weibes sterben. In einem herausragenden schönen Zwiegespräch: „O est lo plus beau des soirs“ gipfelt dies ganze hohe Lied auf die Liebe — auf die Liebe durch alle Höhen und Tiefen, von der Entartung

## Deutsches Reich.

\* Eine neue Beschimpfung des Protestantismus durch einen Bischof. Nach den Beschimpfungen des Protestantismus, die der Papst in der „Vorromäus-Enzyklika“ sich leistete, unvergessen, und schon wird der „Tägl. Rundschau“ eine neue „Geldentat“ Roms gemeldet. Der Erzbischof Ritrangelo von Florenz hat einen Hirtenbrief erlassen, in dem er Luther und den Protestantismus in größter Weise beschimpft. Der Erzbischof behauptet, Luther habe Könige, Fürsten und Barone gewonnen infolge seines eigenen Evangeliums, welches ihnen gestattete, zu töten und zu morden und so viele Frauen zu nehmen, als ihnen beliebte. Des weiteren gewann dann Luther die Jugend dadurch, daß er ihr die freie Liebe predigte und Krieg jedweden Gewissensbedenken erklärte. Die Bauern gewann Luther durch die Vorpiegelung, daß sie nach dem Sturz des Papsttums weder Steuern noch Abgaben zu zahlen brauchten. Die Folgen der Reformation waren, daß die Häresie wie der Lavastrom eines Vulkans alles Leben in jenen Ländern ausdorrte. — Man hat angedacht dieser Ungeheuerlichkeiten nur die Wahl zwischen der Annahme einer bodenlosen geschichtlichen Unkenntnis oder einer absichtlichen Verdrehung der Tatsachen seitens des Urhebers dieser Sätze.

— Stiefelisches. Man schreibt uns aus ländlichen Kreisen der Provinz Brandenburg: Landsberg a. d. W. bildet seit alterher ein Reservoir landwirtschaftlicher Wanderarbeiter. Die Landsberger Schnitter — deutscher Nationalität — genießen einen alten berechtigten Ruf, insbesondere als vorzügliche Rübenarbeiter. Jetzt stellt der Verband Märkischer Arbeitsnachweise fest, daß die Lage der Landsberger landwirtschaftlichen Wanderarbeiter sich von Jahr zu Jahr verschlechtert, und zwar durch die Konkurrenz der Russen, die bedeutend billiger arbeiten, auch weniger Ansprüche an die Wohnungsverhältnisse stellen. Die Folge davon sei, daß die Landsberger Schnitter jetzt nach Dänemark und Schweden gehen. Von anderer Seite ist schon vor Jahren darauf hingewiesen worden, daß Landsberger Schnitter mit langjährigen Verträgen nach Amerika gegangen sind und daß diese Wanderung ständig zunimmt. — Die hochstehende deutsche landwirtschaftliche Arbeiterschaft wandert ins Ausland und wird im landwirtschaftlichen Großbetrieb Deutschlands ersetzt durch billigere und genügsamere Russen, Polen und Galizier. „Nationale Arbeit!“

\* Kirchenaustrittspropaganda. Die in letzter Zeit stark abgeklärte Kirchenaustrittsbewegung soll neu entfacht werden. Der „Zentralverband der proletarischen Freidenker Deutschlands“ will in der Zeit vom 28. Februar bis 10. März in ganz Deutschland große Kirchenaustrittsversammlungen veranstalten, für die er schon seit Monaten eine ganz auf sozialdemokratischer Grundlage aufgebaute Organisation in Bewegung gesetzt hat. Wenn der Freidenkerverband damit allerdings nicht mehr Erfolge erzielen wird, als ihm neulich in Stuttgart beschieden waren, dürfte die geplante Aktion nicht allzu gefährlich für die Kirche werden. Dort waren im Ganzen etwa 150 Zuhörer erschienen, unter denen sich noch etwa 40 Kirchenfreunde befanden. Bis jetzt ist der erhoffte „Millionenaustritt“ eben noch nirgends erfolgt und wird auch voraussichtlich nicht erfolgen.

\* Die Verhältnisse von Nachfrage und Angebot in der Oberlehrerlaufbahn behandeln zwei Aufsätze von Professor M. Oberle und Dr. G. Simon in Heft 7 des „Deutschen Pädagogischen Blattes“ und Heft 8 der „Blätter für höhere Schulwesen“ vom 18. Februar. In diesen statistischen Untersuchungen werden nunmehr bis ins Kleinste die Aussichten in den einzelnen Berufsgruppen für die Provinzen und nach Konfessionen kartiert. Der Bedarf an akademisch gebildeten Lehrern an den höheren Lehranstalten Preußens betrug im Durchschnitt der letzten vier Jahre jährlich insgesamt 678. Dieser Bedarf wird selbst bei Annahme einer wesentlichen Steigerung in den nächsten acht Jahren über 800 kaum hinausgehen. Am 1. Mai 1913 waren aber bereits vorhanden 8848 Kandidaten, d. h. das Sechsfache des Bedarfs des letzten Jahres mit 660 neu Angestellten. Auf den reichsdeutschen Universitäten gab es außerdem im Sommersemester 1913 etwa 12500 aus preussischen höheren Lehranstalten hervorgegangene Studierende der Philosophie. Selbst wenn man annimmt, daß von diesen nur 72 Prozent (der geringste bisher beobachtete Prozentsatz) das Ziel erreichen, so würde bis 1919 mit einer Zahl von mindestens 9000 Seminarandabenden zu rechnen sein, da das Studium durchschnittlich 6 Jahre dauert. Es ergibt das bis 1921 ein Gesamtangebot von etwa 13000 anstellungsfähigen Kandidaten oder — bei jährlich 800 Neu-

anstellungen einen Überschuß von fast 7000 anstellungsfähigen Kandidaten am 1. Mai 1921. Wer also jetzt mit dem Studium der Schulwissenschaften beginnt, wird nach Erlangung der Anstellungsfähigkeit mit einer durchschnittlichen Wartezeit von mindestens acht Jahren rechnen müssen.

\* Der Deutsche Handelsrat zur Interessenvertretung des deutschen Handels im Ausland. Der Ausschuß des Deutschen Handelsrats beauftragte sich kürzlich mit der Frage der Errichtung deutscher Handelskammern im Ausland. Schaffung von Handelsabteilungen bei deutschen Konsulaten, Ausbau der Einrichtung der Handelsfachverständigen und gab hierzu eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Die Errichtung von Handelskammern durch deutsche Kaufleute im Ausland ist als ein wertvolles Mittel zur Förderung des auswärtigen Handels zu betrachten und als eine wohlwollende Unterstützung derartiger Organe durch die verbündeten Regierungen mit Freuden zu begrüßen. In dieser Stellungnahme hält der Ausschuß des Deutschen Handelsrats fest, wenn er auch nicht die Schwierigkeiten verkennt, die für die Handelskammern im Ausland hinsichtlich ihrer Zusammensetzung und Leitung und hinsichtlich der Aufbringung der erforderlichen Mittel bestehen. Nur wo die deutschen Kaufleute im Ausland bereits sind, für die Tätigkeit einer Handelskammer Arbeit und Geld zur Verfügung zu stellen, kann die Errichtung einer solchen in Betracht gezogen werden. Der Zweck von Handelskammern, die nur durch deutsche Kaufleute im Ausland geschaffen und verwaltet werden, kann auch durch Handelsabteilungen bei deutschen Konsulaten, auf deren Zusammensetzung und Leitung der Konsul einen Einfluß übt, erreicht werden. Ebenso ist die Einrichtung der Handelsfachverständigen weiter auszubauen.

### Rechtspflege und Verwaltung.

— Gefängnisarbeit. Die Militärverwaltung läßt seit einiger Zeit ihre Altmaterialien durch die Justizgefängnisse verarbeiten. Hierdurch werden jetzt bereits durchschnittlich 800 Gefangene beschäftigt. Diese Art der Verarbeitung bewährt sich aufs Beste und wird je nach dem Ablauf bestehender Verträge mit privaten Abnehmern noch weiter ausgedehnt werden. Neuerdings ist auch angeregt worden, die Altmaterialien der Eisenbahnverwaltung durch Gefangene verarbeiten zu lassen. Ob und in welchem Umfang sich dies durchführen läßt, kann erst durch eingehende Prüfung der Verhältnisse festgestellt werden.

### Heer und Flotte.

Heimkehrende Kreuzer. Die Schulkreuzer „Vineta“, „Herta“, „Victoria Luise“ und „Gansa“ sind aus dem Mittelmeer und von Westindien in den spanischen Gewässern eingetroffen und haben gemeinsam den Hafen Vigo besucht. Seit dem Austritt der Auslandskreuzer ist es nicht vorgekommen, daß alle 4 Schulkreuzer gleichzeitig in demselben Hafen weilten. „Victoria Luise“ und „Gansa“, die im Mittelmeer kreuzten und bis Alexandria führten, haben friedliche Fahrten hinter sich. „Vineta“ und „Herta“ dagegen mußten vor Haiti und Mexiko zum Schutze gefährdeter Reichsangehöriger herangezogen werden. Seesabotagen und Schiffsjungen haben dabei ihre Schuldigkeit getan. „Vineta“ und „Gansa“ suchen als ersten deutschen Hafen Ebernörde auf. „Herta“ und „Victoria Luise“ gehen nach Kiel. — Außer den vier Kreuzern befindet sich zurzeit auf der Heimreise der kleine Kreuzer „Breiten“, der nach der Ankunft des kleinen Kreuzers „Dresden“ von Veracruz aus den Heimweg antat, diesen aber unterbrechen mußte, um den Schulkreuzer „Vineta“ auf Haiti abzulösen. Weiter sind bereits auf dem Heimweg doppelgänger der kleine Kreuzer „Seeadler“, der bisher die Ostafrikanischen Station besetzt hielt und Neapel am 16. Februar verlassen hat, sowie der kleine Kreuzer „Condor“, der, von Australien kommend, am 15. Februar von Port Said aus in See gegangen ist.

Schiffsbewegungen. Eingetroffen: S. M. S. „Panther“ am 25. Febr. in Venedig (Lago); S. M. S. „Lützow“ am 26. Febr. in Tientsin. In See gegangen: S. M. S. „Deutschland“ am 24. Febr. von Kiel nach Wilhelmshaven.

### Deutsche Schutzgebiete.

— Die deutsch-afrikanische Landesausstellung. Die deutsch-afrikanische Landesausstellung in Daresalam im August 1914 wird, wie der „N. pol. Korresp.“ aus Daresalam geschrieben wird, nach dem im Schutzgebiet eingetroffenen Nachrichten einen starken Fremdenverkehr aus Deutschland und England wie auch aus den afrikanischen Ländern zu erwarten. Die Ausstellung dürfte sich sehr wertvoll gestalten und für die wirtschaftliche Zukunft Deutsch-Afrikas von großer Bedeutung werden. Für die Unterfütterung der Fremden sind umfangreiche Vorkehrungen getroffen.

## Ausland.

### Österreich-Ungarn.

Die deutsche Sprache in ungarischen Mittelschulen. Der derzeitige ungarische Kultusminister Jankovich hat einen Bescheid über eine Reform der ungarischen Mittelschulen erlassen. In diesem wird ähnlich wie im Lehrplan unserer deutschen Reformschulen der lateinische Unterricht aus der untersten Klasse des Gymnasiums in eine höhere verlegt. Dafür soll als erste Fremdsprache von der untersten Klasse an das Deutsche im Pflichtunterricht gelehrt werden. Man wird, so schreiben die „Mitteilungen des Vereins für das Deutschtum im Ausland“, gespannt darauf sein dürfen, ob dieser Bescheid eine Mehrheit im ungarischen Parlament finden wird. Zunächst ist der Landesunterrichtsrat beauftragt worden, die Frage zu prüfen und ein Gutachten abzugeben. Immerhin ist es von hohem Interesse, daß ein Nachfolger des Grafen Apponyi eine derartige Förderung der deutschen Sprache in Ungarn für notwendig hält. Das wird man ohne weiteres sagen dürfen, daß dieser Bescheid nicht ein Ausfluß besonders deutschfreundlicher Gesinnung oder der Bewunderung für deutsche Kultur ist, sondern aus der Not heraus geboren, in die der magyarische Handel und die magyarische Industrie durch die sinnlose Unterdrückung der deutschen Sprache im magyarischen Lande geraten sind. Es geht eben in den Donauländern nicht ohne Deutsch, und es ist gewiß kein Zufall, daß es zuerst die magyarischen Handelskammern gewesen sind, welche die Wiedereinführung des deutschen Schulunterrichts energisch befürworteten. Die Beobachtung dieser Entwicklung ist für uns Deutsche gewiß erfreulich, doch darf die Tatsache, daß der magyarische Jugend bessere Möglichkeiten zur Erlernung der deutschen Fremdsprache erschlossen werden, solange nicht überschätzt werden, als die allgemeine Schulgebungsbedürfnisse der deutschen Bürger des ungarischen Staates das Recht auf die Erlernung und Pflege ihrer Muttersprache im öffentlichen Schulunterricht vermindert.

### England.

Verstärkung der Mittelmeerflotte. In einer längeren Ausführung kommt der „Daily Telegraph“ auf die jüngsten Ernennungen von kommandierenden Admiralen für das Mittelmeer zurück und berichtet aus wohlunterrichteten Marinekreisen, daß ohne Zweifel die Absicht vorliege, die dortigen Flottenstreitkräfte zu verstärken. Es sind nämlich drei Admirale für Kommandostellen ernannt worden, ein Admiral als Flottenbefehlshaber, je ein Vizeadmiral für die zweite Schlachtkreuzerdivision und die Kreuzersquadron. Der Marinekorrespondent des Blattes berechnet, daß durch den bedeutenden Stützpunkt der Flotte 1914 genügend Schiffe für einen solchen Zweck disponibel werden. Die britischen Seestreitkräfte werden einen Zuwachs von nicht weniger als sieben Schiffen des „Dreadnought“-Typs erhalten, nämlich durch die Fertigstellung der Schlachtkreuzer „Zeon Duke“, „Earlborough“, „Reeborn“ und „Emperor of India“, neben dem Schlachtkreuzer „Tiger“, „Queen Elizabeth“ und „Mersey“, die ersten Schiffe, die in Portsmouth und Devonport gebaut werden, sollen im Herbst fertiggestellt werden. „Australia“, weil im Stillen Ozean gebunden, ist dabei nicht mitgerechnet. Zur Verfügung der Admiralsität stehen dann 24 Schlachtkreuzer und 9 Schlachtkreuzer des „Dreadnought“-Typs, dazu treten 8 Schlachtkreuzer der „King-Edward-VII“-Klasse, die noch als durchaus schlagkräftig zu rechnen sind, ebenso die 8 „Hornet“-Klasse. Die Verstärkung der Mittelmeerflotte soll ganz allmählich durchgeführt werden, bis dort eine starke moderne Schlachtkreuzer- und eine Kreuzersquadron vorhanden sind.

Die Abnahme der Geburtsziffern. Wie bei uns, so ist auch in England die Frage über die Abnahme der Geburtsziffern an der Tagesordnung. Ja, in England liegen die Verhältnisse viel beunruhigender wie bei uns. Im Laufe der letzten 30 Jahre ist die Zahl der Geburten um 33,58 pro 1000 (im Jahre 1881) auf 25,1 (im Jahre 1911) gefallen. England befindet sich gegenwärtig in einem Stadium der Bevölkerungsabnahme, in dem sich Frankreich vor 30 Jahren befand, und hat alle Aussicht, dem Vorbild seines Verbündeten auch weiterhin zu folgen. Um eine erschöpfende Erklärung für diese bedenkliche Tatsache und Mittel der Bekämpfung zu finden, hat man jetzt in England eine Kommission gebildet, die aus Gelehrten, Vertretern der Geistlichkeit und Soziologen besteht und die Aufgabe hat, durch eine genaue Enquete Ursachen, Wirkungen und Bedeutung dieser Erscheinung in allen Einzelheiten aufzuklären.

zur göttlichen Verklärung. Der Tod der Kleopatra. „Steigende Kälte, löse mich aus“, ist in dieser reichen Partitur wie der Demant einer Krone.

Die Hauptpartie, für Contralto geschrieben, wie auch die Cellobegleitung zu dem selbst am volutudinen Lied „Joffre mon regard et mon baiser“ im dritten Akte beweist, wurde von der blendenden Sopranistin Kousneff, die an Stelle der von Raffener für die „Kreation“ vorausbestimmten, in einem Prolog aber ausgeschalteten Luch Arbel sang, so intensiv „verleert“ — sie durfte sich bei der Entleerung ihrer idealen Reize auf den ägyptischen Leidendengürtel beschränken — daß die Kleopatra aus der Legende zur Wirklichkeit wurde. Mlle. Grenville als Octavia, Moussellère als Ebalos und Raquenal als Antonius vollendeten ein Ensemble, das mit samt der faszinierenden, von dem unübertrefflichen Intendanten Raoul Gansbourg erformenen Ausstattung ein Urteil fast unmöglich macht, ob diese Raffenerische große Oper den begonnenen Siegeslauf auch durchs Ausland wird fortsetzen können.

Karl Lachm.

### Rus Kunst und Leben.

Der erste Erfinder des Blyableiters. Der Welt gilt Franklin als der Erfinder des Blyableiters und ihm gebührt auch der Ruf, als erster das Prinzip der noch heute verwendeten Form des Blyableiters aufgestellt zu haben; dabei aber hat man vergessen, daß ein gelehrter deutscher Gelehrter, der Pfarrer P. Procopius Divisch, schon lange vor Franklin dem Problem der künstlichen Blyableitung eingehende Studien und Versuche gewidmet hatte, aus denen ein durchaus brauchbarer Apparat hervorging. Es war der im Jahre 1754 von Divisch in dem Dorfe Wendisch bei Wittenberg, den der Erfinder „Konduktor“ oder „Wetterstange“ nannte. Der Gegenstand wird die Erinnerung an diesen ersten Blyableiter Europas wieder nahegebracht; vor kurzem ist im Burghofe der

alten Pfarrer Herzogburg eine Nachbildung des Modells des Divischen Blyableiters aufgestellt worden. In der bei der Deutschen Vorlags-Anstalt erscheinenden Zeitschrift „Aber Land und Meer“ berichtet Dr. Edward Havella über diesen eigenartigen Apparat und seinen von der Welt zu Unrecht vergessenen Erfinder. Pfarrer Divisch, der in dem Dorfe Wendisch gewöhnlich seinen Seelsorgerberuf ausübte, beschäftigte sich mit Recht als Physiker und Mechaniker eines großen Rufes; mehr als einmal berief ihn Maria Theresia nach Wien, um sich von dem gelehrten Hofmeister seine physikalischen Experimente vorführen zu lassen. Divisch ging von dem Gedanken aus, die atmosphärische Elektrizität den Gewitterwolken langsam zu entziehen und in die Erde ohne jedwede Gefahr für die Umgebende abzuführen. Seine Arbeiten auf diesem Gebiete reichten fast 20 Jahre weiter, als die Versuche Franklin zurück. Divisch stellte seine „Wetterstange“ im Jahre 1754 auf, während Franklin seinen ersten Blyableiter erst 1760 in Philadelphia errichtete. Der Unterschied zwischen den Erfindungen der beiden Forscher besteht darin, daß Divisch die Elektrizität der Luft zerteilen und dann ableiten, während Franklin sie konzentrieren, zur Entladung bringen und erst dann ableiten wollte. Die Wetterstange des Pfarrers von Wendisch erweist sich als ein etwas komplizierter, aber funktionsreicher Apparat. Von einer Stange gehen vier wagerechte Querarme aus, die an ihren Enden, auf kurzen senkrechten Stäben kleine etwa 30 Zentimeter lange Röhren aus Eisenblech tragen, die mit Eisenfeilspänen gefüllt und mit durchlöcherter Decke verschlossen sind. In jedem der Röhren steht ein etwa 8 Zentimeter langer zugespitzter Metallstab, dessen unteres Ende in die Eisenfeilspäne hineintrifft. Zur Ableitung der Elektrizität ist die Eisenstange mit einer weit in den Erdboden hineintrühenden Eisenkette verbunden. Die ersten Versuche mit diesem Blyableiter bewährten sich vortrefflich. Wenn in den Sommern 1755 und 1756 teaten in der Pfarrer Gegend anhaltende Dürren ein, und die abergläubischen Bauern begannen diese Heimführung der bei dem

Pfarrhofe aufgestellten Zaubermaschine zuzuschreiben. Es kam zu Zusammenrottungen, und im Sommer 1756 schritten die Bauern zur Tat; sie zerstörten das unheilvolle „Teufelswerk“. Das nun unter der Leitung des Stadtmuseums im Pfarrer Burghofe aufgestellte Modell der Wetterstange des gelehrten Pfarrers ist eine getreue Nachbildung des Originals, jedoch in kleinerem Maßstabe; der Apparat ist 15 Meter hoch, während die Feinereit von dem Erfinder errichtete Wetterstange nicht weniger als 30 Meter Höhe aufwies. Das Modell ist dem wackeren Pfarrer von Wendisch nicht gänzlich gewessen; die Zeit und der Aberglaube der Bevölkerung verhin derten ihn daran, seine Erfindung weiter zu verfolgen und zu verbessern. Und so teilt denn Divisch das Los vieler Erfinder: seine ersten Versuche blieben im Anfangsstadium, während es Franklin vergönnt war, den Ruhm seiner Erfindung zu ernten.

### Kleine Chronik.

Bildende Kunst und Musik. In London ist der frühere Partikular des „Punch“ Tenniel im Alter von 94 Jahren gestorben. Er war seit mehreren Jahren erblindet. In New York starb der Bariton Cresswell, der von 1905 bis 1911 an der Berliner königlichen Oper engagiert war, im 30. Lebensjahre an den Folgen einer Blinddarmerkrankung.

Wissenschaft und Technik. Dr. Watsons antarctische Expedition ist vorgerückt an Bord des Dampfers „Aurore“ nach Adelside zurückgekehrt. Dr. Watsons erklärte, die Expedition sei sehr erfolgreich gewesen. Das Aufsuchen des Meeresgrundes habe eine außergewöhnliche biologische Sammlung von Fischen und Seetieren ergeben, von denen einige aus großer Tiefe entnommen worden seien. Viele dieser Fische seien für die Wissenschaft noch neu. Auch eine großartige Vogelsammlung sei angelegt worden. Ferner seien reiche Lager von Kohlen und andere Mineralien entdeckt worden.

## Aus Stadt und Land.

### Wiesbadener Nachrichten.

#### Die Lösung der Eingemeindungsfrage — ein großer kommunaler Betriebsverband!

Die nun seit 3 Jahren schwebende Eingemeindungsfrage — diskutiert wurde sie schon bedeutend länger — ist jetzt endlich in ein entscheidendes Stadium getreten. Das Verdienst, diese Lösung selbst nach der einen oder anderen Seite vorbereitet zu haben, gebührt unstreitig der Stadt Wiesbad. Dem dortigen Oberbürgermeister, Dr. hat schon vor 3 Jahren nach dem Erscheinen der Denkschrift des Bezirksvereins Adolfsbüche, die bekanntlich die Eingemeindung Wiesbads in Wiesbaden lebhaft befürwortete, die Angelegenheit durch Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen in Wiesbaden zu fördern versucht. Es ist bekannt, daß die Vorschläge Wiesbads jenseits der Adolfsbüche von Anfang an keine besonders willkommene Aufnahme fanden. Die mehr als abwartende Haltung Wiesbads hat sich denn auch nicht geändert, als der Wechsel in der Leitung der Magistratsgeschäfte erfolgte, von dem man sich in Wiesbad viel versprochen hat. Inzwischen haben sich die Verhältnisse Wiesbads nicht unwesentlich geändert: die allgemeine Lage im Geschäftsleben hat merkbar nachgelassen, die Bau- und Industrie beginnt sich wieder kräftig zu erholen; eine Vergrößerung der Garnison steht unmittelbar bevor, und das wesentlichste Merkmal einer stetigen Vervollständigung der inneren städtischen Verhältnisse Wiesbads ist in diesem wohl darin zu erblicken, daß der Etat seit einem Jahr wieder Überschüsse abwirft, die den Gedanken einer Herabsetzung unserer kommunalen Steuern aus eigener Kraft möglich erscheinen lassen.

Da die Eingemeindung an sich eine ziemlich schwierige Frage ist, deren Lösung noch Jahre dauern kann, hat sich Wiesbad nach einem anderen Weg umgesehen, auf dem es seine Finanzen entspannen kann. Damit soll natürlich nicht gesagt werden, daß die Stadt selbst die Eingemeindung oder den Abschluß eines Zweckverbands mit Wiesbaden für nicht angängig hält, sie ist lediglich zu der Überzeugung gekommen, daß sich bei der Vielheit der hierüber in Wiesbaden herrschenden Meinungen zurzeit eine baldige Erledigung mit dem zuerst angestrebten Ziel nicht erreichen läßt. Nach der Ansicht der Kreise, die mit der Landkreishauptverwaltung Rühlung haben, läßt sich die von manchen Seiten in Wiesbaden gewünschte vorläufige partielle Eingemeindung von Sonnenberg, Wiesbad oder Schierstein nicht durchführen, weil sonst die Landkreishauptverwaltung aufgeworfen wird. Man steht dort auf dem Standpunkt, daß Wiesbaden entweder die kleineren Vorortgemeinden alle zusammen oder überhaupt nicht eingemeinden könne. Wiesbad nimmt diesen Gemeinden gegenüber zweifellos schon insofern eine Ausnahmestellung ein, als sein Ausscheiden aus dem Kreisverband ohnehin nur eine Frage der Zeit ist, da es bald die dazu notwendige Einwohnerzahl von 25 000 erreicht haben wird.

Die Lösung der Frage, wie sie der letzte Vorschlag Wiesbads an Wiesbaden enthält, soll auf dem Wege des Anschlusses eines großzügigen Betriebsverbands erfolgen. Sein Zweck wäre der gemeinsame Betrieb der beiderseitigen Licht- und Kraftvergnügungswerke (Elektrizitäts- und Gaswerk) sowie der Verkehrsbetriebe (Straßenbahn). Bekanntlich wird 1915 die gelbe Linie Mainz-Wiesbaden zur Erwerbung für die beteiligten Kommunen frei. Wiesbad hat zu hohen Forderungen der „Süddeutschen“ gegenüber ein sehr wertvolles Kompensationsobjekt: den gewonnenen Prozentsatz, wonach die „Süddeutsche“ jederzeit auf Verlangen der Stadt die Zweiglinie vom Rheinufer zum Bahnhof West erbauen muß. Bei einem gemeinschaftlichen Vorhaben der beiden Städte würde es ein leichtes sein, schon vom nächsten Jahre ab den Betrieb dieser wichtigsten Linie des ganzen Straßenbahnnetzes in eigene Hand zu bekommen. In Verbindung mit diesen Fragen steht der unlängst gefasste Antrag des Wiesbacher Gaswerks für eine Million durch die Stadt, wodurch sie zugleich die Schiersteiner Gastungestation in ihre Hände bekommen hat. Was fehlt aber auch im ganzen Rheingau und unteren Taunus, und auch im gegenüberliegenden Rheinhessen. Der weitläufige Plan, dieses ganze Gebiet von einer Stelle aus mit Strom und Gas zu versorgen, hat schon jetzt die Zustimmung der meisten in Betracht kommenden Gemeinden gefunden, und die Rentabilität eines derartigen Betriebsverbands, dem natürlich auch größere Konzessionen der Licht-, Kraftindustrie angehören werden, steht außer allem Zweifel. Es dreht sich in Bezug auf Wiesbad und Wiesbaden nur um die eine Frage, wird der Betriebsverband mit oder ohne Wiesbaden gebildet? Außer mit Wiesbaden schweben nämlich auch noch Verhandlungen mit Mainz, die sich aus der geographischen Lage nebeneinander und dem Zueinandergehören des Wiesbacher und Mainzer Industriebezirks von selbst erklären. Außerdem führt ein großer Teil der Linie 1 über Mainzer Gebiet, so daß es einleuchtend ist, daß Wiesbad auch mit Mainz in Verhandlungen getreten ist. Die verschiedenen städtischen Angelegenheiten würden einem Zusammengehen der beiden Städte nicht im Wege stehen, da der Betriebsverband ein reines gemeinschaftliches Geschäftswesen unternehmen mit getrennter Verwaltung sein würde.

Die Entscheidung in den schwebenden Verhandlungen dürfte in nächster Zeit fallen.

#### Die Handelskammer und das Arbeitsamt.

Wie bereits in dem in der gestrigen Abend-Ausgabe enthaltenen Bericht über die Plenarsitzung der hiesigen Handelskammer kurz mitgeteilt worden ist, hatte sich die Kammer u. a. mit einem Antrag des „Kaufmännischen Vereins Wiesbaden“ zu beschäftigen, der den Antrag gestellt hatte, dem „Verein für kaufmännische Stellenvermittlung“ möge der jährliche Zuschuß von 300 M. entzogen werden. In der Begründung dieses Antrags heißt es u. a.:

Es sei nicht handelsgemäß, wenn der Kaufmann an gleicher Stelle, wo Dienstboten und Keller Arbeit erhalten, seine Stellen nachgewiesen bekomme. Den einzigen Vorteil von der städtischen Stellenvermittlung hätten die Sozialdemokraten und die rein konfessionellen Verbände, die unter dem Deckmantel des Arbeitsnachweises sich Vorteile zu erlangen suchten, die ihnen sonst von der Kaufmannschaft versagt werden.

Den Beweis dafür, daß bei dem städtischen Arbeitsnachweis für Kaufleute nur die Sozialdemokraten und die konfessionellen Vereine den Vorteil haben, erbringt der „Kauf-

männische Verein“ insbesondere darin, daß der antisemitische „Deutschnationale Handlungsgesellenverein“, der „Katholische Kaufmännische Verein“ und der gewerkschaftlich organisierte sozialdemokratische „Zentralverband der Handlungsgesellen“ die städtische Stellenvermittlung unterstützen.

In der gestrigen Plenarsitzung der Handelskammer teilte zunächst der Syndikus Dr. Merbot mit, daß er ebensoviele wie das Kammermitglied Hermann — beide vertreten die Handelskammer im Arbeitsamt — Wünsche beobachtet haben. Herr Dr. Merbot schlug vor, in eine Prüfung darüber einzutreten, ob solche in der Tat beständen, und zunächst zu sehen, ob sie vom Arbeitsamt zugestanden werden. In den letzten 3 Monaten sind 200 kaufmännische Stellen durch dieses vermittelt worden; durchschnittlich werden 40 bis 50 Stellen pro Monat vermittelt. Herr Stamm führte aus: Gleich bei der Neugestaltung des Arbeitsamts hätten gegen die Organisation bei ihm bereits Bedenken bestanden, besonders sei er der Ansicht gewesen, daß die Stellenvermittlung durch das Arbeitsamt der Wesenheit der Kaufmannschaft wenig Rechnung tragen könne. Die Stellenvermittlung der kaufmännischen Vereine sei deren Mühsal. Ohne sie schwebten die Mitglieder ab und wendeten sich anderen Logern zu. Er beantrage, den Zuschuß nicht weiter zu bewilligen. Herr Gradewitz erklärte, die kaufmännischen Vereine kämpften um ihre Existenz. Man müsse sie nach Möglichkeit unterstützen. Im übrigen stimme er dem Antrag des Syndikus Dr. Merbot zu, bevor man endgültig entscheide, das Ergebnis der angestellten Ermittlungen abzuwarten. Herr Jung meinte, seiner Ansicht nach sei es nicht nötig, auf das Ergebnis von Ermittlungen zu warten. Er erinnere daran, daß der „Deutschnationale Verband“ seinerzeit in gehässiger Weise Stellung gegen die Kammer genommen habe. Das aber sei nicht das Entscheidende. Die kaufmännische Stellenvermittlung geschehe besser durch kaufmännisch gebildete Leute und durch Organisationen, deren Verbindungen sich über möglichst weite Distrikte erstreckten. Lediglich in Köln funktioniere das Arbeitsamt auch in seiner kaufmännischen Abteilung zur allseitigen Zufriedenheit. Wenn kaufmännische Verbände sich bestreben, die Stellenvermittlung in ihre Hände zu bekommen, müsse man sie darin unterstützen, seien die erhobenen Vorwürfe nun gerechtfertigt oder nicht. Von einer Entziehung des Beitrags bitte er absehen, dagegen für die Folge die 300 M. zwischen dem Arbeitsamt und dem „Kaufmännischen Verein“ zu teilen und dann zu sehen, wie die einzelnen Verbände sich entwickelten. Herr Dr. Merbot sprach gegen die Teilung des Beitrags. Die prinzipielle Frage bleibe am besten vorerst noch unentdeckt. Herr Stamm bekannte sich als Gegner der Teilung des Beitrags, zumal der „Kaufmännische Verein“ keine Unterstützung beanprucht habe. Wenn man auch dem Arbeitsamt eine Unterstützung nach wie vor bewilligen könne, so doch nicht für die Vermittlung von kaufmännischem Personal. Herr Gramer sprach sich für den Antrag des Syndikus aus. Man habe keinerlei Anlaß, den kaufmännischen Verbänden, die der Kammer gegenüber nicht immer eine freundliche Haltung eingenommen hätten, etwas zu Gefallen zu tun. Er erinnere nur an ihr Vorgehen in der Frage der Sonntagsruhe. Herr Schulz empfahl, einmal festzustellen, was das Arbeitsamt für die Kaufmannschaft geleistet habe. Herr Kommerzienrat Häffner erklärte, das Arbeitsamt erweise sich einer außerordentlich guten Leitung. Er für seine Person müsse bezweifeln, daß politische oder religiöse Unterströmungen sich dort geltend machen. Er unterstütze den Antrag Dr. Merbot. Herr Jung stellte fest, daß die weit überwiegende Mehrheit des „Kaufmännischen Vereins“ in Wiesbaden sich aus selbständigen Kaufleuten zusammensetzt. Wenn der Verein auch eine Unterstützung nicht bekommen sei, so bezweifelte er doch nicht, daß sie ihm für die Stellenvermittlung willkommen sei. Im allgemeinen pflege die Vermittlung der besseren Stellen durch die kaufmännischen Vereine zu erfolgen. Herr Heymann führte aus, er habe einige Sitzungen des Arbeitsamts angesehene, ohne daß er dabei den Eindruck erhalten habe, daß nicht eine absolut paritätisch verfahren werde. Seien Mängel vorhanden, so trage zweifellos die Schuld nicht die Organisation, sondern die Geschäftsführung. Er empfehle, Erkundigungen darüber einzuziehen, wie die Geschäfte gehandhabt würden. Das Arbeitsamt vermittele mehr das geringere Personal. Im übrigen vermittele es auch nichtkaufmännisches Personal; es empfehle sich auf diesem Gesichtspunkt die Fortbewilligung einer Beihilfe. Herr Gradewitz erklärte noch, in dem Schreiben des „Kaufmännischen Vereins“ gegen das Arbeitsamt liege wegen der Vorwürfe der Parteilichkeit erhoben, sondern es sei lediglich behauptet, daß seine Tätigkeit den konfessionellen Vereinen sowie der Sozialdemokratie zugute komme. Endlich wurde im Sinn des Vorschlags Dr. Merbot beschlossen.

Wiederholt muß im Anschluß an diesen Bericht festgestellt werden, daß das Wiesbadener Arbeitsamt keine städtische Einrichtung ist.

— **Kinderheim.** Gestern besuchte die Frau Brüngein Schauburg-Lippe das Kinderheim „Verein für Krüppelfürsorge“ in der Kaiserstraße. Das kleine Heim schien ihr sehr zu gefallen und sie sprach mit jedem Kind ein paar freundliche Worte.

— **Ständchen.** Die Kapelle der Königl. Schutzmannschaft brachte gestern mittag 1/2 Uhr dem Kommandeur der Schutzmannschaft, Polizeinspektor Reckmann, anlässlich seines Geburtstags vor seiner Wohnung Schiersteiner Straße 18 ein Ständchen.

— **Die „Jüdische Ortsgruppe Wiesbaden“** veranstaltet am Sonntag, den 1. März, in der „Lage-Platz“ eine große öffentliche Versammlung behufs Stellungnahme zu dem Sprachenkampf in Palästina sowie zu der Notabeln-Erklärung gegen den Zionismus. Es werden referieren Herr Dr. Goldberg (Berlin) über „Die Wahrheit über den Sprachenkampf in Palästina“ und Herr Dr. Prager (Kassel) über „Der Zionismus und die deutschen Juden“. Nach den Vorträgen findet Diskussion statt. Der Eintritt ist frei.

— **Sanatorium Metrol.** Mit dem 1. März d. J. wird das Sanatorium nach erfolgten Umbauten für den Betrieb wieder eröffnet. Die im jetzigen Pensionat „Hotel Fürstentum“ an der Sonnenberger Straße untergebrachten Kurgäste werden dorthin übersiedeln.

— **Gegen Schwindelmänner und grobe Ausbeutung** sucht die neue Polizeikommission das kaufmännische Publikum in weitgehendem Maße, was bis jetzt allgemein wenig oder gar nicht bekannt ist. Nach diesen neuen Bestimmungen über die Behandlung postkolonialer Gegenstände kann die Annahme jeder ausländischen Postsendung abgelehnt werden, so lange sie nicht aus den Händen der Post- und Zollbehörden gelom-

men ist, also auch nach der Öffnung des Pakets in Gegenwart der Zollbeamten. Sobald Nachnahme auf der Sendung ruht, ist der Empfänger berechtigt, vor Entrichtung der Nachnahme von der Post einen Ausweis zu verlangen, der ihn bei der Zollbehörde zur Öffnung der bei dieser logierenden Sendung ermächtigt. Ist dies geschehen und der Empfänger nach Befichtigung des Inhalts bereit, die Sendung anzunehmen, so läßt er gegen Entrichtung der Nachnahme bei der Post die Begleitbescheinigung ein, gegen die ihm dann die Zollbehörde nach Zahlung etwaigen Zolls die Sendung aushändigt, welche dann sein Eigentum ist. Entdeckt der Empfänger bei Öffnung der Sendung aber, daß er geprellt worden ist, so erklärt er der Post gegenüber in üblicher Weise, ohne die Nachnahme einzulösen, daß er die Annahme der Sendung verweigere, die dann an den Absender wieder zurückgeht. Damit kann sich jeder Mann selbst gegen beabsichtigte Betrügerei schützen.

— **Tot aufgefunden** wurde heute die an der Waldstraße wohnende Witwe Katharine Lemburg. Da die Frau seit gestern nicht gesehen wurde, ließ die Polizei ihre Wohnung durch einen Schlosser öffnen. Frau Lemburg lag in der Küche; ein Herzschlag hat ihrem Leben ein Ende gemacht.

— **Personal-Nachrichten.** Das Offizierskreuz des Ordens der Königlich rumänischen Krone wurde dem Rentner Altmeyer d. R. Dr. jur. Schröder hierseits verliehen und ihm die Anlegung gestattet.

— **Kleine Notizen.** Die Nr. 9 der „Ankündigungs-Zeitung“ liegt in der Geschäftsstelle des „Wiesbadener Tagblattes“ zur unentgeltlichen Einsicht offen. Das Reichstheater-Direktor Paul Becker hat für den März Willi Schwanitz Buchstaben-Ensemble „Limes“ (Kölner Bühne) engagiert. Daneben werden noch Quartetten, Humoristen und Liedesängerinnen auftreten. Sonntags finden zwei Vorstellungen statt. — Die Villa Dehstraße 9 ging durch Vion u. Cie. käuflich in den Besitz einer hiesigen Dame über.

#### Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

— **Königliche Schauspiele.** Die nächste Aufführung von „Was und sein Ding“ findet am Dienstag im Abonnement D bei kleinen Preisen statt. Als nächste Aufführung bei Volkspreisen geht im Hoftheater die Märchenoper „Hänsel und Gretel“ am Mittwoch, abends 7 Uhr, in Szene. Der Vorverkauf beginnt Sonntag.

— **Kurbau.** Im März-Programm der Kurbauverwaltung sind nachfolgende besondere Veranstaltungen vorgesehen: Donnerstag, den 5. März: Lichtbildvortrag, Freitag, den 6. 11. Sinfonie-Konzert, Samstag, den 7. Operetten-Abend, Mittwoch, den 11. Sinfonie-Konzert, Freitag, den 13. 12. Sinfonie-Konzert, Samstag, den 14. Reunion, Sonntag, den 15. Opern-Matinee, Mittwoch, den 18. Sinfonie-Konzert, Freitag, den 20. Kammermusik-Abend, Freitag, den 27. Lichtbild-Abend, Samstag, den 28. Reunion, Sonntag, den 29. Lokal- und Instrumental-Konzert. Die Sonntags-Konzerte in der Hochbrunn-Trinkhalle finden nach wie vor am Mittwoch, Samstag und Sonntag jeder Woche statt.

— **Wiesbadener Künstler auswärts.** Der Königl. Kammermusiker O. Trillbasse von hier hat jüngst in Zweibrücken und Baden Baden bemerkenswerten Erfolg als Hornist errungen. In beiden genannten Städten gelangte sein Streichquartett „Lur“ vielfach zur Aufführung. Das Werk ist seinerzeit zuerst hier in Wiesbaden durch das „Kinder-Quartett“ zu Gehör gebracht worden. Die damals schon gerühmten musikalischen Vorzüge der Komposition wurden auch von der auswärtigen Kritik nachdrücklich hervorgehoben. — Frau Ella Wolter sang an vier Abenden in Köln im Deutschen Theater „Nieder zur Erde“. Mit ihrer schönen Stimme und ihrem vorzüglichen Vortrag rief sie das Publikum bewundert hin, daß sie immer wieder neue Begehrten finden mußte. Auf hiesigen Wunsch wird sie einen Teil ihres Kölner Programms am Dienstagabend in Frau Klosses Festkonzert in der „Barthstraße“ als Einlage wiederholen.

#### Aus dem Vereinsleben.

##### Vorberichte, Vereinsversammlungen.

— **Der „Deutsche Wehrverein“** (Ortsgruppe Wiesbaden) veranstaltet einen Vortragsabend, an welchem Oberst Solterer (Wiesbaden) über: „Corps, der Wehrbewusstseins unserer Kaiser“, mit Lichtbildern, am Samstag, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Barthstraße“ sprechen wird. Gäste, besonders auch Damen, herzlich willkommen. Eintritt frei.

#### Aus dem Landkreis Wiesbaden.

2. **Wiesbad.** 27. Febr. Nur noch bis zum 1. März wird die Einzeichnungsliste auf der hiesigen Bürgermeisterei aufgelegt, in welche sich alle Hausbesitzer und andere Gemeinderäte einzutragen können, die in Angelegenheiten von den hiesigen beiden Ärzten gegen Entrichtung der Mindestgebühr behandelt zu werden wünschen. Die Einzugsliste geben die Erklärungen ab, daß sie gewillt sind, eine ihrem Einkommen entsprechende Grundgebühr zu zahlen. Diese Grundgebühr, welche von den hiesigen Ärzten in vierjährigem Raten erhoben wird, beträgt bei einem Einkommen von unter 2000 M. 8 M., von 2000 bis 3000 M. 8 M., von 3000 bis 5000 M. 9 M. und über 5000 M. 15 M. jährlich. Diejenigen Familien, welche diese Grundgebühr gezahlt haben, werden in Krankheitsfällen für einen Arztbesuch nur 1 M. zu zahlen haben, während eine Konsultation im Sprechzimmer des Arztes nur 50 Pf. ankommt. Ruchlich haben etwa 100 Hausbesitzer sich in die Liste eingetragen. Für alle anderen Familien werden die Ärzte erhöhte Honorarumlagen stellen.

#### Nassauische Nachrichten.

##### Eine Submissionsliste.

Se. Niederwaldf. 26. Febr. Zu der Ausschreibung über die Ausführung der Arbeiten betr. die Verlegung von Zementrohren usw. im Villendistrikt „Schöne Aussicht“ war Termin zur Eröffnung der eingegangenen Offerten auf heute vormittag 10 1/2 Uhr anberaumt. Das Ergebnis war folgendes: P. Quirin (Wiesbad) 10 000 M., A. Vott (Eltville) 11 863 M., 40 Pf., Ph. Schwalbach (Dahheim) 14 021 M., 20 Pf., J. Nüdenau (Niederwaldf.) 14 543 M., 95 Pf., Diehl u. Koffel (Dahheim) 14 912 M., 89 Pf., E. Wehnert 1. (Schierstein) 15 291 M., 60 Pf., Ph. Vird 2. (Schierstein) 15 734 M., 13 Pf., Gebr. Frey (Gallgarten) 17 011 M., 80 Pf., M. März (Müdesheim) 17 238 M., 25 Pf., Th. Willhardt, Böhm (Mainbach) 17 849 M., 95 Pf., W. Dembach (Wiesbaden) 18 106 M., 8 Pf., Gebr. G. u. S. Ropp (Wiesbaden) 20 020 M., 47 Pf., P. Cohn (Wiesbaden) 28 204 M., 91 Pf. Der Preisunterschied zwischen dem niedrigsten und höchsten Submittenden beträgt somit nur 18 204 M., 91 Pf.

##### Der besetzte Ober.

1. **Aus dem Rheingau.** 23. Febr. Hoch klingt das Lied vom bunten Schwein. So hat am Samstagabend eine lustige Gesellschaft in der bekannten Wirtschaft mit dem Topicanamen zusammen und ließ den dampfenden Reiss freileben. Immer höher klang die tolle Lunte, und zuletzt ging ein anwesender Meßger mit den lustigen Gesellen die Wette ein, er wolle ein lebendes Schwein in die Wirtschaft bringen. Beierns bekräftigten die Männer die Wette, und sofort schritt man zur Ausführung. Im Magen ward der Ober geschmeckt, und ein Hühnerkeßel erhellte, als die städtische Gesellschaft des Vorstellers sichtbar wurde. Abgeworfen wurde das erste Viech im Lokal umher, und ungeschätzte Lächer. Stille, Wüßte und Klavier bezeichnen seinen Pfad. Aufstiege führte der Wirt davon, um mit schweißnassen Tomaten dem Diabäuter zu weihen zu geben. Dieser nahm die Herausforderung an und streifte ihn mit wüßtigen Stößen in den Sand. Aber die Rede

schief nicht. Trotz heftigen Sträubens ward die Wut ergriffen und von Händeln am ganzen Körper rot und blau bemalt. Es war ein erhabener Anblick, als sich der Festzug in Bewegung setzte, um der haarenden Gemeinde den bestmöglichen Eber vorzuführen. Stolz standen die Männer, in Hürden aufgelöst die Frauen, jubelnd vor Freude und Scham, dies sei der schönste Tag ihres Lebens. Ein großartiges Trinkgelage beendete den denkwürdigen Tag, und noch lange wird der Ruhm der bunten Zeit im Leben leben. So geschah im heimlichen Mittel im Jahre des Heils 1914.

— **Sab Soden, 27. Febr.** Das von der Großherzogin von Luxemburg verliehene Ritterkreuz 1. Klasse mit der Krone des Kaiserlichen Militärs- und Zivilverdienstordens Adolphs von Nassau hat Geheimrat Sanitätsrat Dr. Thilenius und das Ritterkreuz 2. Klasse desselben Ordens Dr. med. Thilenius, beide hier, erhalten. Die Erlaubnis zur Anlegung ist ihnen bereits erteilt.

— **Erbd. i. Hg., 27. Febr.** Nächsten Sonntag, den 1. März nachmittags 3½ Uhr, hält die hiesige Ortsgruppe des Bundes für Sozialität, G. B. in Stuttgart, im „Hotel Engel“ eine Versammlung ab. Im Interesse der Ortsgruppe und Weiterentwicklung verdient die Sache besondere Unterstützung, sind doch die Bürger die natürlichsten Helfer im Kampfe gegen das immer größer werdende Heer des Ungeistes.

— **S. Dillenburg, 27. Febr.** Der bisherige kommissarische Kreisfiskusinspektor Pfarrer Ufer in Dillenburg wurde zum Kreisfiskusinspektor daselbst ernannt.

### Aus der Umgebung.

#### Die Stadt Mainz als Kaufmann.

2. Mainz, 28. Febr. Als kurz nach Beginn des neuen Jahres in der Presse mitgeteilt worden war, dass im April 1913 im Reich herabgesetzte Woll sei um 12 Proz. niedriger geworden, wurde man am grünen Tisch sehr nervös. Man hielt den Stadtverordneten einen langen Vortrag über den volkswirtschaftlichen Wert der werbenden städtischen Betriebe, operierte mit Auswüchsen aus technischen Werken, als ob man vor einer Versammlung von Gasingenieuren stünde; überzeugt wurde jedoch niemand durch diese Ausführungen, denn in der Hauptsache wurde die Verkleinerung des Gases angeklagt, nur meinte man, früher sei es zu gut gewesen und als guter Kaufmann habe die Stadt usw. usw. Neuerdings scheint man wieder in der Eigenschaft als guter Kaufmann zu einer anderen, ebenfalls recht sonderbaren Transaktion gelehrt zu sein: Die Stadt Mainz gebt als Holzproduzentin, wie zahlreiche andere Städte, einer Holzverkaufsgesellschaft an. Mainzer Holz wurde, weil er von guter Qualität war, stets gern gekauft. War es nun, dass in der letzten Zeit die starke Nachfrage nicht mehr befriedigt werden konnte, oder sonstige Gründe, kurz, die Gasversorgung besaß große Mengen minderwertigen Holzes aus anderen Werken, der als Mainzer Produkt mitverkauft wurde. Die Folge war, dass der Stadt von den Abnehmern 20 M. bis zu 40 M. pro Wagon abgezogen wurden und was noch unangenehmer ist, die Wochenerlöse von der Holzverkaufsgesellschaft haben Mainzer Holz aus ihren Kaufverträgen ausgeschlossen. Dem lässlichen Gasvortrag wird wohl demnächst ein ebenso gehaltvoller Vortrag über Holzbereitung vor dem Forum der Stadtverordneten folgen, Mainz als tüchtiger Kaufmann gelobt und der Presse wieder tüchtig der Woll geschwieben werden.

#### Die hiesige Besoldungsvorlage.

wb. Darmstadt, 27. Febr. Die beiden Kammern tagten heute vormittag, um über die Besoldungsvorlage weiter zu beraten. In der Ersten Kammer machte der Berichterstatter Herr zu Hensburg-Vierstein namens des Ausschusses den Vorschlag, die Differenz vorerst zurückzustellen bis zur Erledigung der Differenz bezüglich der Volksschullehrer. Hierzu machte der Ausschuss, in dem aufrichtigen Bestreben, einen Weg zu finden und das Zustandekommen des Gesetzes endlich zu ermöglichen, den neuen Vorschlag, das Höchstgehalt der Volksschullehrer auf 3800 M. festzusetzen und die Anrechnung für die Dienstwohnung von 400 M. auf 500 M. des pensionfähigen Gehalts zu erhöhen. Dafür soll die von der Zweiten Kammer aufgestellte neue Gehaltsstaffel fortfallen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. — Die Zweite Kammer faßte über diesen Vorschlag noch keinen Beschluß, da sich die Erste Kammer über die übrigen Differenzen noch nicht geäußert habe, und vertagte sich auf Dienstag. — Die Erste Kammer hält heute abend 8 Uhr noch eine Sitzung ab, um sich dann über die weiteren Differenzen zu äußern.

#### Die Nebenbahn Bensheim-Lindenfels.

w. Darmstadt, 27. Febr. In der zweiten Kammer des Landtages erklärte auf eine Anfrage des Abgeordneten Auler und Genossen, betreffend den Bau einer Nebenbahn Bensheim-Lindenfels, Staatsminister Dr. Baum: Nachdem die bisherigen Projekte an den zu hohen Anforderungen der in Frage kommenden Gesellschaften als gescheitert gelten können, habe in der neuesten Zeit eine leistungsfähige Elektrizitätsfirma den Vorstoß gemacht, die Bahn elektrisch zu betreiben und zwar normalspannung. Dadurch könne am Baukapital gespart und die Sache schneller erledigt werden. Das neue Projekt habe den großen Vorteil der Normalspannung, die die Verköhlterung allgemein wünsche. Damit eröffne sich eine erfreuliche Aussicht, da Lindenfels und Bensheim auch schon die notwendigen Elektrizitätswerke besäßen. Der neue Vorschlag werde von der Regierung geprüft werden. Die Redner verschiedener Parteien sprachen den Wunsch aus, daß der Bau der Bahn beschleunigt werde.

### Gerichtssaal.

sh. Folgen der Polizeiaufsicht. Göttingen, 25. Febr. Bei der Frage der Revision des Strafvollzugs wird vor allem auf die Notwendigkeit einer Abänderung der Bestimmungen über die Polizeiaufsicht hingewiesen. Man sagt, daß sie gegen Verbrecher kein Schutz sei, dagegen Elementen, die wieder hochkommen wollten, die Rückkehr ins bürgerliche Leben unmöglich mache. Ein Schulbeispiel hierfür bot eine Verurteilung vor der hiesigen Strafkammer, die gegen den Schriftführer Wehner wegen Diebstahls im Rückfall verhandelte. Der Angeklagte hatte sich in seinem früheren Leben verschiedene Straftaten zu schulden kommen lassen und insgesamt 16 Jahre im Zuchthaus verbracht. Später nahm er Wohnung in Kassel, wo er auch ausreichenden Verdienst bekam. Durch die Besuche der Polizei wurde aber der Hauswirt dar-

über aufgeklärt, daß sein Mieter unter Polizeiaufsicht stand, und schließlich konnte er überhaupt keine Wohnung bekommen. Er zog nach einem kleinen Ort, hier konnte er aber keinen Beruf nicht ausüben und geriet in die größte Not. In diesem Zustand sah er keinen anderen Ausweg, als wieder die Verbrechensbahn zu beschreiten. Er verübte mehrere Einbrüche, bis er schließlich wieder gefaßt wurde. Der Gerichtshof verurteilte den 38 Jahre alten Mann zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Eine furchtbare Strafe, besonders furchtbar in diesem Fall!

### Sport und Spiel.

— **Rhein- und Taunusklub Wiesbaden, G. B.** In der außerordentlichen Mitgliederversammlung (Jahres-Hauptversammlung), welche der 1. Vorsitzende Herr Gustav Victor leitete, erhaltete der Schriftführer Georg Hoos den Jahresbericht. An Wanderungen wurden ausgeführt: 10 Hauptwanderungen, 13 kleine Wanderungen, zum erstenmal eine Nachtwanderung auf den Heideberg und eine mehrtägige Wanderung nach dem Schwarzwald. Die Hauptwanderungen waren durchschnittlich von 122, die kleinen Wanderungen von 40 Teilnehmern besucht. Durch eine Reihe sehr interessanter Lichtbildvorträge auf diesem und jenem Wandergebiet wurde den Wünschen der Mitglieder Rechnung getragen. Auch die Neueinführung, die Wandervorlesung durch Lichtbilder zu erläutern, hat sich großer Beliebtheit zu erfreuen und zur Belebung des Mitlebens beigetragen. Nach dem von Redner Ludwig Feder erstatteten Jahresbericht betrug der Mitgliederbestand Ende 1913 1234 Mitglieder. Den Gesamteinnahmen von 21.011,87 M. stehen die Gesamtausgaben von 20.990,76 M. gegenüber. Der Armenfonds des Klubs konnte wieder ein ganz ansehnlicher Betrag überwiesen werden. Das Geld dient zur Unterstützung von plötzlich in Not geratenen Mitgliedern (auch Gemeinden) im westlichen Taunus und Rheingebirge. Die Begegnung mit ihrem Gemann hat das ausgedehnte Wege-Verkehrsmittel tadellos instand gehalten. 22 Wanderstrecken wurden mit neuen Farbenzeichen versehen, allenfalls die Markierung gründlich ausgebessert. Regelmäßig angebracht, u. a. an der Dampfheizanlage des Südring, einer Zentral-Heizungsanlage aufgestellt usw. Für Instandhaltung der Turnbauten und Schutzhütten, für Verbesserungen und Anpflanzungen in der Nähe dieser Gebäude wurde Sorge getragen. Das Dekorationsfest war von etwa 1000 Personen besucht. Der Jahres-Voranschlag wurde angenommen. Von den Anteilseignern des Kassen-Verwaltungsrats wurden 100 Stück ausgeliefert, die Nummern werden demnächst bekannt gegeben.

— **Der Reichstagsausflug für die Olympischen Spiele.** Das Plenum des Deutschen Reichstages hat, wie gemeldet, die von der Regierung ersuchten 200.000 M. für die Olympischen Spiele bewilligt. Nachdem der Streit um diesen Staatsposten damit sein Ende gefunden hat, sei die Feststellung erlaubt, wem diese Summe zugute kommt. Dabei ist vorauszusetzen, daß der Etat der Olympischen Spiele einen weit größeren Umfang hat. Ein Teil der Ausgaben ist für die Organisation der Spiele, für die Repräsentation, für die den anderen Staaten zu erwerbende Gastfreundschaft und dergleichen bereit gestellt. Der Hauptteil der Ausgaben ist jedoch für die Vorbereitungsarbeit des deutschen Sports (einschließlich des Turnens) selbst bestimmt. Diese Ausgaben werden die Summe von rund einer halben Million Mark erreichen. Der auf drei Jahre verteilte Reichsaufschlag von 300.000 M. wird nämlich noch einmal durch Spenden der Bundesstaaten, der Städte sowie anderer Behörden und Privatleute. Alle diese Summen kommen ungefragt den deutschen Turn- und Sportverbänden direkt zufließen. Für dieses Geld können vor allem ausreichte Sportlehrer angestellt werden, die in ihrem Fach genau so unentbehrlich sind wie die Turnlehrer. Diese Sportlehrer sorgen überall für Anleitung und praktischen Betrieb, bilden neue Hilfssäfte aus und helfen die Gedanken der leitenden Verwaltungsbefehlshaber des Sports in die Tat umsetzen. Ein anderer Teil der Summen steht für die Durchführung der Verteilung von Kaiser-Wilhelm-Plaketten bereit. Diese Plaketten sollen für die vorbereitenden Prüfungskämpfe an den Schulen, Seminaren und in den Regiments bis 1916 zur Verteilung kommen, und zwar in einer jährlichen Zahl von rund 25.000 Stück. Solche einfachen Andenken stiften erfrischend und viel Nutzen, da sie überall zu erstem Streben anfeuern und die deutsche Jugend im Kampf um ein hohes Ziel vereinen. Wieder ein anderer Teil des Geldes wird verwendet für Gewährung von Reise- und Aufenthaltsbeihilfen an ausübende Olympiasportler, die Gelegenheit haben sollen, ihre Kräfte zu verbessern und an dem anderen zu messen. Hier kommt nicht etwa bloß eine kleine Schaar Ausreißer, sondern die Mehrzahl der sportlichsten Jugend in Betracht, die wertvollsten auf den nächsten Weltkämpfen ihre Kräfte zeigen soll, damit die große werdende Bedeutung der Spiele überall autage tritt.

— **Der Schachweltkampf Spielmann-Reichmann in Leipzig** endete mit einem Siege Reichmanns. Von 6 Partien gewann Reichmann 5 und Spielmann 1.

— **Die Holmenkollen-Rennen** nahmen gestern bei bestem Wetter ihren Anfang. Der Renneuf über 50 Kilometer wurde von 80 Konkurrenten bestritten. Erster wurde der Norweger Håkons L. in 4 Stunden 3 Minuten 12 Sekunden, zweiter der bekannte finnische Renneufahrer Bränkar 4:25:51, dritter Christoffer-Norwegen 4:27:57. Von den deutschen Teilnehmern kam Oskar Peters Smith-Dresden in 4:38:31 als Dreizehnter an.

### Neues aus aller Welt.

#### Zur Explosion in Rummelsburg.

##### Neue Darstellung eines Augenzeugen.

wb. Berlin-Lichtenberg, 27. Febr. Die Explosion in der Altien-Gesellschaft für Anilinfabrikation soll nach Befunden von einem Augenzeugen, der sich erst später meldete, sich folgendermaßen zugetragen haben: Der Ingenieur Boesch und eine Anzahl Arbeiter befanden sich in dem Gebäude, als plötzlich auf dem Ritterplatz ein gewaltiges Dampf-Entweichen. Das war für alle das Zeichen, daß Gefahr im Verzuge sei und das Signal ins Freie zu flüchten. Es soll auch allen gelungen sein, herauszukommen, doch konnten sie ihrem Schicksal nicht mehr entkommen. In dem Augenblick, als sie sich erst wenige Schritte von dem Gebäude entfernt hatten, erschütterte eine furchtbare Explosion die Luft. Das massive Gebäude stürzte zusammen wie ein Kartenhaus und bedeckte die Flüchtenden mit seinen Trümmern.

#### Die Teilnahme der Kaiserin.

wb. Berlin, 27. Febr. Die Kaiserin begab sich an den Oberbürgermeister von Berlin und Lichtenberg folgendes Telegramm richten: „Ihre Majestät hat mit großem Bedauern von der furchtbaren Explosionskatastrophe in Lichtenberg gehört, der so viele blühende Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Ihre Majestät läßt Sie ersuchen, über die Familienverhältnisse der Verunglückten zu berichten, um da, wo die Not groß ist, sofort helfend eingreifen zu können. Im allerhöchsten Auftrag v. Winterfeldt, Kammerherr.“

Eine Anfrage über die Explosionskatastrophe in Rummelsburg. S. Berlin, 27. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Der sozialdemokratische Abgeordnete Frey hat im Reichstag folgende Anfrage eingebracht: Kann der Herr Reichsfänger Auskunft darüber geben, welches die Ursachen der Explosion in der

Anilinfabrik Dichtenberg-Rummelsburg sind, und werden Maßnahmen getroffen, die den Arbeitern und Angestellten vor einer Wiederholung solcher Katastrophen ausreichende Sicherheit gewähren?

— **Ungetreuer Rechtsanwalt.** Bonn, 27. Febr. Infolge eines Gerichtsbeschlusses ist der Rechtsanwalt Linden verhaftet worden, weil er ihm anvertraute Gelder veruntreut haben soll.

Die älteste Frau Schleswig-Holsteins gestorben. Flensburg, 27. Febr. Ein Privattelegramm meldet aus Flensburg: In der Nacht zu Mittwoch ist hier die älteste Frau Schleswig-Holsteins, die Witwe Marie Engelke, gestorben. Sie wäre am 27. April 103 Jahre alt geworden.

Den Rimen flücht die Nachwelt keine Kränze! Gießen, 27. Febr. Mit einem Kunstgenuss eigener Art ist das Städtchen Fließ besetzt worden. Die „Eisenader Zeitung“ berichtet darüber: Fließ hatte gestern auch seinen „Theaterabend“. Das mit großer Bekanntheit angekündigte Gastspiel des „Sächsisch-Thüringischen Städtebund-Theaters“ hat mit der überaus vollen „Fließgasse“ einen kräftigen Beifall erzielt. Es war aber auch wirklich so viel, was dem Publikum zugetrieben wurde. Schon beim 1. Akt ließen Darsteller und Ausstattung bewahrt zu wünschen übrig, daß das Publikum zum Teil wegging. Die im weiteren Verlauf des Spiels zutage tretende Unruhe im Publikum erteilte zuletzt geradezu in Empörung aus und es hätte nicht viel gefehlt, so wäre die Bühne gestürzt und die Darsteller mit echten Kugeln und Pfeilen nach Hause geschickt worden. Die Bühne war mit Bierunterfassen und alten Backbrotkrumen besetzt. Solche „Künstler“ dürfen sich ein zweitesmal nicht wieder in Fließ sehen lassen.

Kindermord durch Brandstiftung. Köln, 27. Febr. Die Kriminalpolizei verhaftete drei Personen, denen zur Last gelegt wird, Brandstiftung verübt zu haben, um sich eines fünfjährigen Knaben zu entledigen. Die Mutter des Kindes ist die ledige Schauspielerin Katharina Thelen, die angeblich den Unterhalt für das Kind nicht mehr bestreiten konnte. Sie brachte den Knaben zu dem Kaufmann L. In dessen Wohnung wurde das Kind von dem Kaufmann und einer Freundin der Schauspielerin, der Witwe Christmann, und der Mutter ins Bett gelegt. Dann wurde das Bett in Brand gesetzt und die Tür verriegelt, worauf die drei Personen das Haus verließen. Als nach Ausbruch des Brandes die Tür von Nachbarn gesprengt wurde, fand man das Kind erstickt vor.

Eine Frau und zwei Kinder erstickt. Schwerin, 27. Febr. Durch einen Zimmerbrand in Sehmendorf bei Schwerin erstickten die Frau und zwei Kinder des Arbeiters Odo-eb. Der Mann und das dritte Kind wurden schwer verletzt in das Lübecker Krankenhaus gebracht.

Der Tango als Totentanz. Genf, 27. Febr. Auf einem Maskenball in einem Veranstaltungsort der kleinen Stadt Olten stürzte plötzlich ein deutscher Kaufmann namens Feder zu Boden in dem Augenblick, als er mit einer Dame Tango tanzte. Er war auf der Stelle tot. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

Ein Verfall. Paris, 27. Febr. Infolge der andauernden Regenfälle ist bei Le Teil im Departement Ardèche ein Verfall erfolgt, durch den ein Gehäus verfallt und eine Brücke zerstört wurde. Man befürchtet, daß Menschen verunglückt sind.

Ein furchtbarer Unfall. Paris, 27. Febr. In Gumières bei Ebernay wurde der 17-jährige Tischlerlehrling Martin festgenommen, der am 27. Dezember v. J. seine Eltern im Schlaf ermordet und deren Leichen in einem Gefaß des Hauses versteckt hatte. Martin, welcher gestand das entsetzliche Verbrechen begangen zu haben, um in den Besitz des Geldes seiner Eltern zu gelangen, hatte seit dem Mord jede Nacht mit seinen Kameraden in dem Zimmer, in welchem die Ermordeten lagen, Orangen geschluckt.

Sechs Bauernhäuser durch ein Meteor zerstört. Petersburg, 27. Febr. In der Nähe des Dorfes Schenblomino im Gouvernement Mordwin wurde ein gewaltiger Meteor auf Boden und zertrümmerte sechs Bauernhäuser. Rauschende Schreden entkamen unter den Bauern, die schnell die Klucht ergriffen und die brennenden Häuser ihrem Schicksal überließen. Die ganze Umgegend war nach dem Fall des Meteors mit schwärzer Schwefelsäure erfüllt. Der tief in die Erde hineingefallene Meteor ist von grauer Farbe und hat viele Neugierige angelockt.

### Deutscher Reichstag.

#### Die elsaß-lothringischen Eisenbahnen.

S. Berlin, 27. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Über sechs Stunden lang beschäftigte sich der Reichstag heute noch mit den elsaß-lothringischen Eisenbahnen, ohne daß auch heute der Etat der Reichseisenbahnen verabschiedet und Herr v. Breitenbach wieder nach Preußen entlassen werden konnte. Die Redner des Tages, natürlich in ihrer großen Mehrzahl Elsässer und Lothringer, beschäftigten sich mit Verkehrs- und anderen lokalen Wünschen, mit der Dienstzeit, dem Lohn und der Rechtslage der Eisenbahnarbeiter, vielfach auch — trotzdem die Befolgungen ausdrücklich mit Rücksicht auf die große, morgen an den Reichstag kommende Befolgungsnovelle aus der Debatte ausgeschlossen worden war — mit Beamtenwünschen. Herr v. Breitenbach nahm dreimal im Laufe der Sitzung das Wort, aber er sprach alle dreimal nur — um zu versagen. Den von dem fortschrittlichen Abgeordneten Böser angeregten Ausbau der Arbeiterausschüsse lehnte er ebenso ab, wie die baldige Schaffung eines Staatsarbeiterrechtes, die heute übrigens auch vom Zentrum und den Nationalliberalen gewünscht wurde. Die Regelung der Arbeiterordnung und Ausbeutung der Arbeiter läßt sich nach der Meinung des Ministers nur im Verwaltungswege erreichen, während die Regelung der Bezüge der Arbeiter durch die am 1. April v. J. in Kraft getretene neue Lohnordnung bereits ausreichend erfolgt sei. Der sozialdemokratische Abgeordnete Petrotas war im Laufe der Sitzung auch noch auf die finanziellen Verhältnisse der Reichseisenbahnen zurückgekommen: Im Gegensatz zu der Auffassung des Ministers fand er, daß das Reich mit den elsaß-lothringischen Eisenbahnen ein ganz gutes Geschäft macht. Morgen soll es noch eine große Debatte über die Mosel- und Saar-Kanalisation geben.

#### Sitzungsbericht.

Einzelner Drahtbericht: des „Wiesbadener Tagblatts“.

— Berlin, 27. Februar.

Am Bundesratssitz: Minister v. Breitenbach, Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1.08 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst folgende

#### Urges Anfrage

des Abg. Reil (Sog.): Pressmitteilungen zufolge sind bei dem Trainbataillon Nr. 13 in Ludwigslust eine größere Anzahl von Mannschaften infolge Genußes gesundheitsschädlicher Wurst erkrankt. Kann der Herr Reichsfänger Auskunft geben über Ursache, Zahl und Art der Erkrankungen?

### — Für den Monat März —

auf das

### „Wiesbadener Tagblatt“

zu abonnieren, findet sich Gelegenheit

im Verlag „Tagblatt-Paus“ Langgasse 21, in der Zweigstelle Bismarckring 29, in den Ausgabestellen der Stadt und Nachbarorte und bei sämtlichen deutschen Reichspostanstalten.

Präsident Dr. Kaempff: Mir ist soeben mitgeteilt worden, daß die Beantwortung der Frage in einer späteren Sitzung erfolgen wird. Nach der Geschäftsordnung ist diese Angelegenheit hiermit erledigt. Die betreffende Anfrage muß deshalb noch einmal wiederholt werden.

Sodann wird die zweite Lesung des

### Etats der Reichseisenbahnen

fortgesetzt.

Abg. Gohmann (Ztr.): Der günstige Abschluß der Reichseisenbahnen ist ein erfreuliches Zeichen von der wirtschaftlichen Entwicklung des Reichslandes. Hoffentlich wird auch künftig das elbisch-lothringische Volk durch die Eisenbahnverwaltung in seinen Interessen weiter gefördert werden. Wir wünschen dagegen eine Ausdehnung der Arbeiterfahrkarten für Strecken von mehr als 50 Kilometer. Die weitere Vervollständigung des Wagenparkes ist unbedingt notwendig. Die Beamten sind vielfach schlechter gestellt als viele ihrer Kollegen, die im Arbeiterverhältnis gekleidet sind. Insbesondere für das Lokomotivpersonal ist eine Regelung der Dienst- und Ruhezeit notwendig, schon mit Rücksicht auf das reisende Publikum. Werden die Eisenbahnarbeiter nicht verbessert, so ist eine Abwanderung in die Industrie zu befürchten. Mit Titeln allein ist nichts zu machen. Wir haben stets alles aufgebracht, die berechtigten Interessen der Beamten zu fördern. (Beifall.)

Abg. Müller-Babern (Fortf. Ztr.): Der Minister sollte seinen Widerstand gegen die Schloßwagen dritter Klasse aufgeben und zum mindesten einen Versuch machen. Ebenso sollte er Arbeiterfahrkarten auch für längere Strecken zulassen.

Minister v. Breitenbach: Eine Ausdehnung der Arbeiterfahrkarten über 50 Kilometer ist nicht angängig. Das Bedürfnis ist auch nicht groß. Für unser Wirtschaftsleben ist es von außerordentlich großer Bedeutung, einen stabilen Eisenbahnverkehr zu besitzen. Bei uns kann man viel mehr damit rechnen, daß die Tarife nicht erhöht werden, als in anderen Ländern. Dann muß man aber auch alle wirtschaftlichen Vorteile ausnützen und dazu gehört ein einheitlicher Wagenpark. Aus allgemeinem Interesse müssen wir von dem 10-Tonnen-Typ absehen. In Bezug auf den Ausbau des Wagenparkes will ich die Zeit des Niederganges in der Industrie ausnützen. Das dürfte den allgemeinen Interessen entsprechen. (Sehr richtig.) In Bezug auf die Verbesserung der Dienst- und Ruhezeit sind wesentliche Fortschritte gemacht worden. Das gesamte deutsche Eisenbahnnetz ist dadurch mit einer Mehrausgabe von 24 Millionen Mark ohne die sachlichen Aufwendungen belastet worden. Die Beamten haben dabei allerdings mit einem Ausfall an Kilometergehalt zu rechnen. (Hört! Hör!)

Die Sicherung der Eisenbahnarbeiter beruht darin, daß sie unabhängig von der Konjunktur sind und immer gleichbleibende Löhne beziehen.

Dazu kommen die Vorteile aus den Hilfskassen. Auch bei der Hochkonjunktur hatten wir ein außerordentliches Überangebot an Arbeitskraft. Die Errichtung von Rentenvorarbeiten ausfallen hatten wir nicht für zweckmäßig. Auf das System der Personalakten können wir nicht verzichten. Die Frage der Pensionäre wird geprüft. (Beifall.)

Abg. Dr. Werner-Giehn (Wirtsh. Vgg.): Die Geheimnisse müssen beseitigt werden. Sie hemmen den Beamten in seinem Fortkommen. Für Nachdienste müssen den Beamten besondere Vergütungen gewährt werden. Das bisherige Remunerationssystem zu Weihnachten ist unzulänglich.

Abg. Dr. Sagan (Elst.): Selbst die Nationalisten sind in Preußen darin einig, daß es zweckmäßig ist, wenn die einzelnen Bundesstaaten ihre Bahnen selbstständig verwalten. Wenn der Minister uns auch sagt, das Reichsland würde mit den Reichseisenbahnen ein schlechtes Geschäft machen, so lassen wir uns doch nicht hängen machen. Die Reichseisenbahnen haben in der Unfallstatistik sehr günstig da. Der Güterverkehr hat sich glänzend entwickelt und der Personenverkehr hat in der Bequemlichkeit große Fortschritte gemacht. Die Diktatur muß verfallen werden. Die Dienst- und Ruhezeiten müssen gesetzlich festgelegt werden.

Mit einer mehrstündigen Pause an einem fremden Ort ist den Betriebsbeamten nicht geholfen.

Trotz ablehnender Haltung des Ministers müssen wir doch immer wieder die Gewährung von Beamtenauschüssen fordern. Durch diese bekommt das Reichsland erst etwas und Inhalt. Die Anstellung von Elbisch-Lothringern in den Reichseisenbahnen soll, wie behauptet wird, nicht im Interesse der Landesverteidigung liegen. Eine solche Verteidigung der reichsständischen Bevölkerung weise ich zurück. Den elbisch-lothringischen Landtagsabgeordneten sollte die Freifahrtskarte gewährt werden.

Minister v. Breitenbach: Die Befürchtung, daß ein Unterschied zwischen den elbisch-lothringischen Bundesländern und Altpreußen gemacht wird, ist nicht zutreffend. Das Verhältnis verhält sich immer mehr zugunsten der Eingeborenen. Ich bedauere, daß von den Vorrednern nicht anerkannt worden ist, daß

in den Dienst- und Ruhezeiten ein wesentlicher Fortschritt gemacht worden ist.

Diese Materie ist zur gesetzlichen Regelung völlig ungeeignet. Das Personal fährt besser bei einer Regelung dieser Frage auf dem Verwaltungswege. Bei der Festlegung der Lohnsätze sind Vertreter der Arbeiterauschüsse gehört worden und die Arbeiterauschüsse sind damit sehr einverstanden.

Abg. Peitros (Sog.): Ich kann leider nicht in das Loblied auf die Reichseisenbahnen einstimmen. Mein Freund Sachs hat sich nicht gegen die Reichseisenbahnen ausgesprochen, sondern gegen ihre Verpreuung. Selbstverständlich würden von Preußen unabhängige Reichseisenbahnen sich nicht so gut rentieren, dennoch muß im Interesse des Landes eine

### Leistung von Preußen

erfordert werden. Zum mindesten müßte Elbisch-Lothringen mehr als bisher an den Eisenbahneinnahmen partizipieren. Der Ausbau des Bahnnetzes führt auf den Widerstand des Militarismus.

Die Sonntagsfahrkarten vom Lande in die Stadt sollten nach nicht aus Gründen der Sittlichkeit abgelehnt werden, sonst ist die Verwaltung nicht so ängstlich. Veranlaßt sie doch auch Erträge nach dem Stundenabbel Berlin, das nach den Debatten im Abgeordnetenhaus viel schlimmer sein muß als unser Elbisch. (Heiterkeit.) Die elbisch-lothringische Industrie muß ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend für die Eisenbahnverwaltung beschäftigt werden.

Abg. Schirmer (Ztr.): Den Staatsarbeitern kann das Streikrecht nicht eingeräumt werden. Auch in der freien Schweiz haben die Staatsarbeiter kein Streikrecht. Dafür

müssen die sonstigen Verhältnisse der Staatsarbeiter entsprechend ausgebaut werden. Die lokale Arbeiterschaft verdient alles Wohlwollen.

Minister v. Breitenbach: Ich bin bemüht, mein Amt als Chef einer großen Staatsverwaltung auch an den Angehörigen gegenüber treu zu erfüllen. (Bravo!) In der Verwaltung der Reichseisenbahnen haben sich die Arbeiterauschüsse im großen und ganzen durchaus nützlich erwiesen. Wenn behauptet wird, ein Notenarbeiter habe eine wohlverdiente Prämie nicht erhalten, weil er einen untergeordneten Posten habe, so muß ich dem entschieden entgegenstellen.

Maßregelungen sind nur erfolgt, weil die Betreffenden die Maßnahme der Verwaltung heruntergerissen haben, was sich auch kein Privatbetrieb gefallen läßt. (Sehr richtig! Beifall.)

Abg. Jeller (natl.): Für die neue Lohnordnung kann ich dem Minister den Dank der Eisenbahnarbeiter aussprechen. (Bravo!) Bei aller Kritik muß man solche Vorteile auch anerkennen. Der Erholungsurlaub für Arbeiter muß zeitgemäß verlängert werden. Bei dem warmen Herzen, das der Minister für seine Arbeiter hat (Rachen bei den Sozialdemokraten), kann ich hoffen und erwarten, daß er meine Wünsche berücksichtigen wird. (Beifall.)

Abg. Kiel (Fortf. Ztr.): Für das Reichsland sind die Reichseisenbahnen sicherlich zweckdienlicher als eine eigene Landesbahn. Sie sollten aber nicht nebenamtlich vom preussischen Eisenbahnminister verwaltet werden, der ebenfalls nebenamtlich Minister der öffentlichen Arbeiten ist. Als solcher sollte er für den Bau des Mittelkanals sorgen.

Abg. Windel (Natl.): Ich habe Wünsche vor auf den Ausbau des elbisch-lothringischen Eisenbahnnetzes. Darauf wird die Sitzung auf morgen 12 Uhr vertagt. Schluß 7 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

§ Berlin, 27. Februar.

Am Ministertisch: Minister v. Breitenbach. Präsident Graf Schwerin-Ludwig eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung zum Gesetzentwurf über die

Änderung der Landesgrenze längs der Provinz Ostpreußen gegen das Kaiserreich Rußland

vom Memelstrom bis zum Pissefluß. Die Vorlage wird ohne Debatte in zweiter und sofort, gleichfalls ohne Debatte, in dritter Lesung erledigt.

Ohne Debatte wird sodann ein Gesetzentwurf über die Änderung der Landesgrenze gegen das Königreich Bayern am Lochbach längs der preussischen Gemeinde Grumbach (Kreis St. Wendel) und der bayerischen Gemeinde Lauterbach (Bezirkamt Ruffel) in erster und zweiter Beratung erledigt.

Sodann wird die zweite Beratung zum

### Etat der Bauverwaltung

beim Titel „Ministiergehalt“ fortgesetzt.

Abg. v. Nathahn (Konf.): Wir freuen uns, daß für die Schiffahrt so viel geschehen ist. Es muß aber noch mehr in dieser Beziehung geschehen. Die Verunreinigung der Flüsse muß durch reichsrechtliche Regelung beseitigt werden. Eine Konkurrenz Hamburgs gegenüber unseren preussischen Häfen darf nicht zugelassen werden. Die Bauten müssen sich dem Charakter der Gegenden mehr anpassen. Es muß auch auf möglichst einheitliches Material gesehen werden. Diejenigen, die Wege anlegen, müssen mit Rat und Tat unterstützt werden. Der Vorwurf der Verschwendung, der gegen uns erhoben worden ist, trifft nicht zu. Wo ein positiver Vorschlag zum Ausbau von Wasserstraßen, der zugleich wirtschaftlich ist, gemacht wird, da sind wir bereit, mitzuarbeiten. (Zustimmung rechts.) Aber die Verabschiedung der Tarife läßt sich zurzeit eine Entscheidung nicht treffen. Bei

Einführung der Bauarbeiterkontrollen ist zu befürchten, daß sie einseitig die Interessen der Bauarbeiter wahrnehmen. Wir wollen, daß das Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmern ein gutes ist. (Beifall rechts.)

Abg. Weisler (Zentr.): Für die Arbeiter in der Steinindustrie muß mehr gesorgt werden. Durch die Kollage dieser Arbeiter sind auch die anderen Betriebe sowie Handel und Industrie in Mitleidenschaft gezogen worden. Ich möchte den Minister bitten, bei Bauten nur inländisches Baumaterial, besonders den schlesischen Sandstein, zu berücksichtigen. Wenn andere Staaten, wie Württemberg und Sachsen, bei ihren Bauten das preussische Material ausnützen, dann sollten wir in derselben Weise das einheimische Material schützen.

Minister v. Breitenbach: Es besteht die Vorschrift, daß bei Ausführung der Staatsbauten das schlesische Baumaterial vorzugsweise Verwendung finden soll. Wir können aber nicht so weit gehen, die anderen Bundesstaaten bei Materiallieferungen auszuscheiden. Preußen muß auf die anderen Bundesstaaten doch stets eine gewisse Rücksicht nehmen. Bei den öffentlichen Bauten halten wir jetzt die mittlere Linie ein, um uns nicht den Vorwurf zuzuziehen, daß wir zu luxuriös oder zu einfach bauen.

Abg. Dr. Keil (natl.): Der Heimatschutz, der hier verlangt wurde, ist berechtigt; wir dürfen aber andere Staaten nicht gänzlich ausschließen.

Die Bestrebungen des Heimatschutzes dürfen aber nicht zur Schädigung der Industrie in Deutschland führen.

Abg. Dr. Ivershoff (Zentr.) begrüßt den Antrag Flotmann-Dr. v. Campe, da eine direkte Kollage der Gemeinde Leher vorliege.

Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Der Antrag Flotmann-Dr. v. Campe wird an die Unterrichtskommission verwiesen. — Das Kapitel wird bewilligt. — Beim Kapitel

### „Bauverwaltung“

bittet Abg. Conrad-Dreslau (Konf.), die öffentlichen Bauten im Interesse der Bauhandwerker in kleinen Dosen zu vergeben.

Abg. Hasenclever (natl.) bittet, bei der Neuerrichtung des Kanals die Stadt Weisenkirchen zu berücksichtigen.

Abg. Das (Sog.) tritt für Bauarbeiterkontrollen ein.

Abg. v. Bülow-Somburg (natl.) wünscht mehr Kleinwohnungen für wenigerbemittelte Stände.

Unterstaatssekretär Dr. Frhr. v. d. Brüggen: Bezüglich der Bauarbeiterkontrollen verweise ich auf die geistigen Ausführungen des Herrn Ministers. Auf kleinere Bauhandwerker wird nach Möglichkeit Rücksicht genommen.

Damit schließt die Debatte. — Das Kapitel wird bewilligt. Beim Kapitel „Unterhaltung der staatlichen Dienstgebäude“ nimmt

### Abgeordneter Linz (Ztr.):

das Wort zu folgenden Ausführungen: Schon vor einigen Jahren habe ich hier den vom Ministerium anerkannten Wunsch nach einem auch von allen beteiligten sachverständigen Kreisen durchaus für notwendig gehaltenen

### Neubau eines Regierungsgebäudes in Wiesbaden

vorgebracht. Die Regierung in Wiesbaden ist in fünf verschiedenen Gebäuden untergebracht. Die Präsidialabteilung hat ein besonders Gebäude, ebenso die Schulabteilung, die Domänenabteilung und der Bezirkshaus. In den Gebäuden des letzteren ist der Sitzungsaal in einem so unwürdigen Zustande, daß die Parteien vielfach am Richtertisch selbst Platz nehmen müssen, was doch nicht zur Ehre des Reichslandes beiträgt. Da die Registraturen vielfach in anderen Abteilungen liegen, so müssen die Voten meist auf der Straße fein und der Degenert kommt nicht zu den Akten. Darunter leidet das Dienstinteresse. In neuerer Zeit haben sich die Verhältnisse noch verschlechtert. Die neue Versicherungsabteilung ist etwa eine Viertelstunde von der Präsidialabteilung entfernt. Dadurch sind die Schwierigkeiten noch erhöht.

Das Präsidialgebäude, worin der größte Teil der Regierung untergebracht ist, macht einen höchst feuergefährlichen Eindruck.

Die Zimmer sind vielfach nur durch Holz- und Tapetenwände getrennt. Wenn die Regierung mit Recht für die Feuersicherheit und die Sicherheit des das Gebäude besuchenden Publikums besorgt ist, so haben auch die bei der Regierung beschäftigten Herren für die eigene Person einen ebenso berechtigten Anspruch auf Sicherheit für Leben und Gesundheit. Die Behauptung, daß die Vauferstellung des Gebäudes unbedenklich sei, hat eine eigentümliche Illustration erfahren. Vor kurzem hat sich in der Präsidentenwohnung ein großer Teil Staub gelöst und fiel mit solcher Vehemenz zu Boden, daß es ein reines Wunder ist, daß die anwesenden Personen mit dem Leben davongekommen sind. Also läßt die Sicherheit des Gebäudes doch sehr zu wünschen übrig. Zu diesen dringenden Gründen für den Neubau kommt hinzu, daß der Fiskus durch den Neubau gar nicht sehr belastet werden würde. Er verfügt eigentümlich über mehrere Gebäude mit einer großen Grundstücksfläche, die nicht ausgebaut ist, die aber, wenn das Regierungsgebäude neu gebaut würde, wegfällt. Den Erlös aus diesem fiskalischen Grundstücken wird eine ganz erhebliche Summe bringen. Da neben dem bebauten Grundstücken nur wertvolle unbenutzte liegen, so wird der Neubau vollständig gedeckt werden können. Wenn die Regierung aus diesen Gründen schon vor einigen Jahren den Neubau zugesagt hat, so fragt man sich, weshalb die Sache noch keinen Schritt vorwärtsgelassen ist. Wenn die Regierung ihren früheren Standpunkt, daß mein Wunsch berechtigt sei, nicht inzwischen geändert hat, so würde ich dankbar sein, von ihr zu erfahren, ob ihre Gründe auf einem anderen Gebiete liegen, das der Verwaltung nicht unterstellt ist.

Jedenfalls ist es hohe Zeit, daß in der Sache vorwärtsgelassen wird.

Geheimer Baurat Sagan: Es ist richtig, daß der bauliche Zustand des Regierungsgebäudes in Wiesbaden durchaus nicht mehr einwandfrei ist. Es ist auch der Stadt Wiesbaden ein Bauplan vorgelegt worden, er hat aber nicht die Zustimmung der Stadt gefunden, weil er nicht den modernen Anschauungen der Städtebaukunst genügt. Die Stadt Wiesbaden hat dann mit Zustimmung der Regierung einen Wettbewerb ausgeschrieben und es sind zwei Baupläne eingelaufen, die für geeignet befunden wurden. Die Regierung wird dafür sorgen, daß der Bau so bald wie möglich in Angriff genommen wird.

Beim Titel

### „Unterhaltung von Seehäfen“ usw.

erwidert auf die Wünsche der Abg. v. Wenden (Konf.), Grundmann (Konf.), Dr. Krause-Lauenburg (Konf.) und Graf v. d. Orschen (Konf.), betreffend Ufer- und Dünenchutz, ein Regierungskommissar: Bezüglich des Hafeneinganges von Kollberg ist eine eingehende Prüfung seitens des Ministers angeordnet. Die Verbesserung der Molenanlagen wird im Zusammenhang mit den Mitteln zur Verhütung der Gefahren der Sturmfluten ebenso eingehend geprüft werden, desgleichen die Verbesserung des Dünen- und Uferschutzes. Den Seehäfen für die Fischereiabteilung wird die Regierung auch weiterhin ihre Aufmerksamkeit zuwenden.

Beim Titel

### „Unterhaltung der Binnenhäfen“

wünscht Abg. Baercke (Zentr.): Die Löhne der bei der Zählwerks an der Rogat und auch in Westpreußen eine Wasserstraße.

Abg. Schmidt-Gonz (Zentr.): Die Löhne der bei der Kanal-, Hafen- und Strombauverwaltung angestellten Bediensteten bedürfen dringend einer Revision und Aufbesserung. Auch für diese Arbeiter könnten Arbeiterauschüsse eingeführt werden. Die Einführung eines zehnstündigen Maximalarbeitstages ist notwendig, auch die Regelung der Sonntagsruhe.

Unterstaatssekretär Dr. Frhr. v. d. Brüggen: Eine Entscheidung in der Frage der Errichtung eines Elektrizitätswerks an der Rogat wird bald erfolgen. Eine Gleichstellung der Arbeiter der Kanal-, Hafen- und Strombauverwaltung ist wegen der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse äußerst schwierig. Die Regierung ist dauernd bestrebt, die Lage dieser Arbeiter zu verbessern. (Beifall.)

Inzwischen ist ein Antrag Flotmann (natl.)-Dr. Dahn (Konf.) eingegangen, der eine Erweiterung der Fischereipachtstellen im Fischereihafen von Geestmünde verlangt.

Abg. Mollat (Konf.) wünscht einen Ausbau des oberen Bezugs als Wasserstraße.

Abg. v. Ostau-Drekel (Konf.) bittet, für den Ausbau des Verbindungskanals zwischen dem Großenhewer See und dem Mauer-See im nächsten Etat 20 000 M. mehr einzustellen.

Ein Regierungskommissar erklärt, daß der Kreis sich bereit erklärt habe, einen Teil der Kosten zu tragen. Durch die Vergrößerung und Neubereitstellung der Kosten würde eine Verzögerung entstehen.



# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Druck“

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Fernruf:

„Tagblatt-Druck“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Bg. monatlich. Nr. 2 — Vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Voreinschuss. Nr. 3 — Vierteljährlich durch alle deutschen Buchhändler, zentralisiert in Wiesbaden, unter der Aufsicht des Reichs-Verlags-Kontrollamtes. In Wiesbaden: die „Wiesbadener Druckerei“ Nr. 21, unter der Aufsicht des Reichs-Verlags-Kontrollamtes. In den übrigen Städten: die dortigen Buchhändler, unter der Aufsicht des Reichs-Verlags-Kontrollamtes. Bei wiederholter Abnahme unveränderter Abzüge in kurzen Zwischenräumen entgegennehmender Rabatt.

Anzeigen-Kontrollamt: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr

Samstag, 28. Februar 1914. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Winkelfstr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451.

Für die Aufnahme von Anzeigen am vorgerichteten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

## Abend-Ausgabe.

Nr. 100. • 62. Jahrgang.

### Politische Übersicht. Parität.

Die konfessionelle und Paritätsfrage, die man im Zentrum beinahe wortwörtlich treibt, hat sich selten in so unangenehmer Weise gezeigt wie in der Verhandlung der elsaß-lothringischen Kammer über die Philosophieprofessur in Straßburg. Es ärgert das reichsländische Zentrum, daß Professor Simmel dort hin berufen worden ist. Gegen die Bedeutung dieses Mannes wird zwar auch der verhärtetste clerikale Eiferer keine Einwendungen erheben können, aber Simmel hat den Mangel, nicht Katholik zu sein, er ist sogar, was die Zentrumsmänner im Landtag nicht zu wissen scheinen (denn sonst wäre ihr Unwille noch heftiger) konfessionslos. Statt seiner hätte das Zentrum lieber einen Schulmann angestellt gesehen, der Katholik zu sein habe und der im Interesse der Kandidaten des höheren Lehramts Methodik und Pädagogik lehren solle. So subaltern also faßt das Zentrum die Aufgabe eines Philosophieprofessors an einer der ersten deutschen Universitäten auf! Aber diese gereizte Unzufriedenheit mit Simmels Berufung ist nur eine Teilercheinung des fortwährenden Gegergert- und Gekränktheits ob der vermeintlichen Zurücksetzung des katholischen Elements. Die Paritätsfrage scheint dem Zentrum geradezu ein Lebenselement geworden zu sein. Das Zentrum braucht diese Beschwerden, weil es sonst über nicht gar viele Dinge mehr zu klagen hätte, wie es denn schließlich auch den Weiterbestand des Jesuitengeseßes aus demselben Grunde gar nicht so sehr bedauern mag, denn worüber sollte man sich noch aufgeregt zeigen, wenn dies letzte Trümmerchen der Maigesetze weggeräumt würde? Inzwischen arbeiten die Zentrumskräfte mit einer allerdings auffälligen Liste der höheren reichsländischen Beamten — wir geben sie unten nach der „Köln. Volksztg.“ wieder — um ihre Paritätsforderungen zu begründen. Es ist wahr, vom Statthalter angefangen bis zu den Bezirkspräsidenten gibt es gegenwärtig nur einen einzigen Katholiken in der reichsländischen Verwaltung, und zwar ist das einer der beiden Unterstaatssekretäre, die anderen elf höchsten Beamten der Zivilverwaltung sind Protestanten. Aber so war es doch nicht immer, und wenn es früher anders war, so müssen wohl sachliche Gründe sowohl ehemals nach der einen wie jetzt nach der anderen Seite hin mitgewirkt haben. Der clerikale Paritätslärm würde wirksamer sein, wenn er aufhörte, nur mit mechanischen, rein rechnerischen „Verweisen“ zu arbeiten.

#### Die elsaß-lothringische Liste.

Die „Köln. Volksztg.“ schreibt: „In einer Polemik gegen die die protestantischen Interessen immer einseitiger vertretende „Straßburger Post“ bringt der „Elsässer“ in einer Artikelreihe überzeugendes Material zum Nachweis der im Reichslande bestehenden Parität. Es ist die höchste Zeit, daß diese wichtige Frage von der Presse des elsaß-lothringischen Zentrums planmäßig in Behandlung genommen wird. Der Widerhall im Landtag wird dann nicht auf sich warten lassen. Wie es allein mit der Parität in der Besetzung der leitenden Stellen aussieht, zeigt folgende Zusammenstellung im „Elsässer“ (Nr. 103):

|                                 | Katholiken | Protestanten |
|---------------------------------|------------|--------------|
| Kaiserlicher Statthalter        | —          | 1            |
| Staatssekretär                  | —          | 1            |
| Unterstaatssekretäre            | 1          | 2            |
| Ministerialdirektor             | —          | 1            |
| Präsident des Oberlandes        | —          | 1            |
| Direktor der direkten Steuern   | —          | 1            |
| Direktor der Verkehrssteuern    | —          | 1            |
| Präsident der Zollverwaltung    | —          | 1            |
| Präsident der Reichseisenbahnen | —          | 1            |
| Bezirkspräsidenten              | —          | 3            |

#### Herr Lentze.

Im Finanzministerium herrscht, was man gut verstehen kann, eine gehobene Stimmung. Die Millionen fliegen Herrn Lentze nur so zu, aber der Segen des Wehrbeitrags findet ihn gerüstet und besonnen. Sein Gemüt mag frohlich sein, der fiskalische Mensch in ihm denkt: Was man hat, das soll man behalten, und „besser ist besser“. Der Finanzminister verbrachte noch im vorigen Monat, die außerordentlichen Zuschüsse zur Einkommen- und Vermögenssteuer, die infolge der Erhöhung der Beamtengehälter notwendig geworden sind, zu ermäßigen, sobald ihm Mehreinnahmen zur Verfügung stehen würden. Nun kann diese Bedingung bereits als erfüllt gelten. Der Generalpardon hat so viele Schätze aus ihrem Versteck hervorgeholt, daß man mit annähernder Sicherheit erwarten kann, die 72

Millionen der Zuschüsse werden durch dies Plus gedeckt werden. Niemand verlangt, daß die Staatsregierung verfrühte Arbeit leistet. Selbstverständlich muß erst ein genauer Überblick über die Mehreinnahmen möglich sein, was wohl noch einige Monate dauern wird, aber den Entschluß jedenfalls, Zug um Zug vorzugehen und auf die Zuschüsse zu verzichten, wenn die erforderliche Summe auf andere Weise eingebracht wird, darf man beanspruchen. Es scheint jedoch, als ob Herr Lentze sich sträubt, er hat allerlei Bedenken und Sorgen, er will es noch gar nicht recht glauben (so läßt er es wenigstens darstellen), daß wirklich so viel mehr hereinkommen wird. Er will erst sehen, will abwarten. Bei diesem Sträuben dünkt es uns eine Pflicht der Parteien, den Finanzminister eindringlich an sein Versprechen zu mahnen. Er hat es gegeben, er muß es auch erfüllen.

### Ein kolonialer Nachtragsetat.

Berlin, 27. Februar.

Ein Nachtragsetat für die Kolonien für das Rechnungsjahr 1913 und ein Kolonialergänzungsetat für das Rechnungsjahr 1914 sind dem Reichstag heute zugegangen. Der Nachtragsetat fordert 13 000 000 M. als 5. Rate zum Umbau der Bahnhofs- und Windmühl- sowie zum Bau der Nord-Südbahn, ferner 2 151 670 M. zum Erwerb der Anteilscheine der Diamantenregie des südwestafrikanischen Schutzgebietes sowie 300 000 M. als Anteil am Grundkapital dieser Gesellschaft.

Der Ergänzungsetat fordert für Ostafrika 700 000 M. als Darlehen an die Stadtgemeinden für werbende Zwecke. Diese Forderung steht im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der Deutsch-Ostafrikanischen Städteordnung vom 1. April d. J. In der Hauptsache wird sich Darlehen um diese Darlehen bemessen.

Für Südwestafrika werden u. a. gefordert: 30 000 M. zur Unterstützung der deutschen Schulen, da die bisherigen Beihilfen nicht ausgereicht haben; 205 000 M. zur Verbreiterung und Verlängerung der Landungsbrücke in Lüderichsbucht; 80 000 M. als Darlehen an Gemeinden und Bezirksverbände zum Bau und zur Unterhaltung von Krankenhäusern (in Betracht kommen Lüderichsbucht, Keetmanshop und Warmbad) und endlich 20 000 M. zur Förderung der Landesausstellung in Windhuk; ferner 140 000 M. zur Errichtung einer Quarantänestation an der Südgrenze zum Schutz gegen die Einschleppung von Viehseuchen; 5 Millionen Mark als erste Rate zum Bau einer Eisenbahn von Otjivawongo über Outjo nach Olafshana und Verlegung stärkeren Oberbaues auf der unteren Strecke der Otavi-Bahn; schließlich 1 Million Mark zu Vorarbeiten und Versuchsbauten zur wasserwirtschaftlichen Erschließung, insbesondere durch Verbauung des Fischflusses.

Die Gründe für die Notwendigkeit des Bahnbauens nach dem Ambolande sind die schwierigen Arbeiterverhältnisse in der gesamten Kolonie, die dadurch behoben werden können, daß aus dem volkreichen Ambolande durch den Bau einer Eisenbahn billige Arbeitskräfte leicht herbeigeschafft werden können. Auch wirtschaftliche Gründe sprechen für den Bau der Bahn. Die Produkte des Landes können für die übrigen Kolonien kaum zur Verwendung kommen, da ein Transport auf Wagen in der Regenzeit fast unmöglich ist. Schließlich kann die Bahn auch dazu beitragen, die Hungersnöte, die bei schlechten Ernten zeitweise im Ambolande auftreten, durch Hinzugiehung größerer Probantenfürsorge zu mildern. Die neue Bahn wird 265 Kilometer lang sein und von der Otavi-Bahn bei Otjivawongo abgehen. Im ganzen wird die Bahn die Summe von 13 Millionen Mark beanspruchen.

In der Denkschrift über die Wassergewinnung in Südwestafrika wird ausgeführt, daß mit künstlicher Bewässerung in der Kolonie viel erreicht werden kann; daß das Land nicht nur für Viehwirtschaft geeignet sei, sondern, daß es auch insofern sein werde, daß für die Ernährung seiner Bewohner erforderliche Getreide hervorzubringen und zur Versorgung der Heimat mit südlichen Erzeugnissen beizutragen. Seine Bedeutung als Siedlungskolonie ist nur eine Frage der Wasserbeschaffung.

### Deutsches Reich.

\* Ost- und Personal-Veränderungen. Der Kronprinz von Sachsen und dessen Bruder werden zum Sommersemester die Universität Freiburg i. B. beziehen.

# Unterstaatssekretär und Posthalter. Schon seit geraumer Zeit ist es bekannt, daß der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Herr Zimmermann, sich aus Gesundheitsrücksichten nach einem anderen Posten sehnt. Herr Zimmermann war seinerzeit, vor etwa Jahresfrist, zum Staatssekretär des Auswärtigen vorgeschlagen, lehnte aber die Übernahme dieses Amtes, und zwar ebenfalls aus Gesundheitsrücksichten, ab. Später wurde bekannt, daß der Unterstaatssekretär einen Auslandsposten zu erhalten wünsche, und es hieß, daß er Posthalter in Tokio werden solle. Wie wir mitteilen können, wird sich diese Ankündigung in naher Zeit, wahrscheinlich im April, verwirklichen. Herr Zimmermann, der Ostasien von früher her kennt, wird

der künftige Vertreter des Deutschen Reiches in der japanischen Hauptstadt sein. Für seinen Nachfolger auf dem Posten des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt gilt der Reichsrat von dem russischen Gattenhausen, der als Vortragender Rat geraume Zeit lang im Auswärtigen Amt beschäftigt war und jetzt das Deutsche Reich als Gesandter in Buenos Aires vertritt.

\* Der Herzog von Cumberland verzichtet nicht! Die Parteileitung der deutsch-hannoverschen Partei für den 19. Wahlkreis vertritt in der Inseratenteile der „Nordhann. Landesztg.“ folgende Erklärung: „Veranlaßt durch verschiedene Zeitungsartikel, die offenbar den Zweck haben, Verunsicherung in die Reihen unserer Parteifreunde zu tragen, sehen wir uns hiermit genötigt, folgendes festzustellen: 1. Seine königliche Hoheit der Herzog von Braunschweig hat seine Rechte auf Hannover nicht aufgegeben. 2. Der Rechtszustand ist unverändert derselbe. 3. Die den Rechtsstandpunkt vertretenden treuen Hannoveraner sind nicht im Stich gelassen. Es ist somit kein Grund für irgendwelche Verunsicherung vorhanden.“ Die deutsch-hannoversche Partei will damit offenbar der Abhängigkeit der Kreisblätter, die wohl die Reichslandzettel im Wortlaut gebracht haben, die Parteierklärungen aber nicht aufnehmen, entgegenwirken.

\* Welfenfrage. Dem Landtagsabgeordneten und Führer des Bundes der Landwirte, Herrn v. Kleinlöwe, der den Deutschhannoveranern auf der jüngsten Hildesheimer Wundertagung geraten hatte, „das Vergangene zu vergessen“, wird mit der Rede der Welfen vorgegriffen. Das offizielle Welfenorgan in Hannover, die „Deutsche Volkszeitung“, schreibt zu diesem gutgemeinten Rat: „Die Ausführungen sind so unsagbar falsch, daß sich ein Eingehen auf dieselben vollkommen erübrigt. Wir werden uns aber diese Taktlosigkeit und Angriffe gegen uns zu merken wissen und an sie bei einer Gelegenheit wieder erinnern, die dem Herrn Landtagsabgeordneten sehr unangenehm sein wird!“ — Der Abgeordnete Herr v. Kleinlöwe ist im Wahlkreis Goslar-Marienburg mit 205 Stimmen gegen 30 nationalliberale (bei etwa 100 zu Hause gebliebenen nationalliberalen Wahlmännern) gewählt worden.

\* Eine ungültige Landtagswahl in Baden. Die Wahlprüfungskommission der Zweiten Kammer des badischen Landtags beschloß in ihrer gestrigen Sitzung mit 6 gegen 5 Stimmen, die Wahl des Abgeordneten Schöpfle, Bürgermeister in Langensteinbach, Rechtsvereiner, für ungültig zu erklären.

\* Ein „respektloser“ Affessor in Bayern. In Bayern gibt es scheinbar doch noch immer Bezirksamtsmänner und Bezirksamtsaffessoren, die es an dem unbedingten Respekt vor Zentrumsabgeordneten fehlen lassen. So beschwerte sich am Freitag in der bayerischen Abgeordnetenkammer der Abgeordnete Dr. Heberreiter, Bürgermeister der Stadt Traunstein, bitter über einen Affessor, der ihm, als er sich der Angelegenheit eines Dritten annahm, bedeutete, daß er am liebsten nicht als Abgeordneter, sondern wie jede andere Person anzusehen sei. Dieser Affessor, der sich gegen ein Mitglied der herrschenden Zentrumsfraktion so etwas herausnimmt, ist — ein Herr v. Soden und ein Sohn des bayerischen Ministers des Innern. Unter schallender Heiterkeit gab Herr Heberreiter dem Minister den Rat, er möge seinen Sohn baldigst in das Ministerium berufen, damit er lerne, wie man mit Abgeordneten umgeht.

\* Ein Polizeikommissar als Zuträger der Sozialdemokratie? Großes Aufsehen erregt in Essen ein vom dortigen Polizeipräsidenten eingelegtes Disziplinarverfahren auf Entsetzung aus dem Amt gegen den in der politischen Abteilung beschäftigten Polizeikommissar Pechenil, dessen frühere Tätigkeit sich hauptsächlich gegen die sozialdemokratische Jugendbewegung richtete. Die sozialdemokratische „Eisener Arbeiterzeitung“ hat dem Reichsrat von Dienstgeheimnissen an die sozialdemokratische Partei in Essen vorgeworfen. Pechenil bestrebt sich dahingegen, durch die an die sozialdemokratische Partei abgegebene Information seinen Vorgesetzten, einen Polizeiaffessor, zu Fall zu bringen.

\* Der Abschied eines gemäßigten Sozialmannes in Berlin. Der erste Vorsitzende des vom Polizeipräsidenten verbotenen Vereins Berliner Schulleute, Fuhrmann, der straffweise nach Bad Ragaz in Oberschlesien verbannt worden ist, hat gestern abend 11.30 Uhr vom Schlesischen Bahnhof seine Reise angetreten. In gleicher Weise, wie beim zweiten Vorsitzenden des Vereins, dem Schulleute Schönow, der nach Königsberg verbannt wurde, hatten sich die dienstfreien Mannschaften auf dem Bahnhof eingefunden. Besonders auffällig war die große Zahl der anwesenden Frauen. Auf dem Bahnhof hielt einer der Kameraden eine Rede, in der der Wunsch ausgesprochen wurde, es möchten sich in Zukunft Männer finden, die Fuhrmanns Mut befehlen und seine Tätigkeit fortsetzen. Mit einem Hoch auf den scheidenden Kameraden nahmen die Schulleute von ihrem Führer Abschied.

\* Die Angriffe auf die Militärposten in Straßburg. Zu dem in der gestrigen Abend-Ausgabe erwähnten Angriff auf Straßburger Unteroffiziere in der Nacht vom Sonntag auf Montag ist noch zu berichten, daß auch am Abend vorher drei Angriffe auf Militärpersonen in Straßburg stattgefunden haben. Am vergangenen Samstagabend wurde nämlich ein Unteroffizier des Feldartillerie-Regiments Nr. 51 von acht Zivilisten, die ihm folgten, in der Nähe des Neßger-Platzes auf das gemeinste beschimpft und dann zum Stehenbleiben

ausgefordert. Der Unteroffizier erklärte, sie sollten ihm vom Leibe bleiben, sonst mache er von seiner Waffe Gebrauch. Als trotzdem einer mit offenem Messer auf ihn losging, zog er den Säbel und schlug, noch bevor der Messerheld zuschlagen konnte, ihm so kräftig auf den Kopf, daß er blutend und schreiend Reißaus nahm. Seine Begleiter ergriffen gleichfalls die Flucht. — Am Montagabend wurde ein Sanitätsfeldat in der Nähe der Neuen Ortskrankenkasse von vier Jockern ohne jeden Anlaß angegriffen und geschlagen. — Am demselben Abend hörte der Posten vor dem Stallzelt auf dem Polygon auf seinem Patrouillengange vor seinem Zelt die Worte: „Ich bringe den Posten heute Abend nach um.“ Auf seinen Haltruf erhielt er keine Antwort, wurde vielmehr von zwei Personen, die sich offenbar im Zelt aufgehalten hatten, angefallen und gestochen. Der Versuch, während dieses Angriffes sein Gewehr zu laden, mißlang dem Posten, so daß die Angreifer ungehindert entkamen.

### Rechtspflege und Verwaltung.

**J.M. Justiz-Personalien.** Der Landrichter Stein aus Köln ist zum Weimarer Justizrat und vortragenden Rat im Justizministerium ernannt worden. — Dem Eiten Staatsanwalts Weimarer Justizrat v. Reden in Frankfurt a. M. ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension erteilt. — Referendar Jochen im Bezirk des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. M. wurde zum Gerichtsassessor ernannt.

### Parlamentarisches.

**Aus dem Herrenhaus.** In der gestrigen Sitzung wurde das Landesverwaltungs-Gesetz weiterberaten. Die Kommission hat an ihrer schon am 20. d. M. beratenen Fassung, die die Regierungsvorlage in einigen Punkten des Beschluß- und Prozeßverfahrens abändert, festgehalten und schlägt vor, die Abänderungsanträge Körte-Königsberg abzulehnen. Das Gesetz wird nach Ablehnung einiger Abänderungsanträge einstimmig angenommen. — Es folgte die Beratung des Gesetzes, betreffend die Bearbeitung der Auseinandersetzungs-Angelegenheiten in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Posen, durch das die Auseinandersetzungs-Geschäfte den Behörden der allgemeinen Landesverwaltung und den ordentlichen Gerichten übergeben werden und die Generalkommission in Königsberg aufgelöst wird. Nach kurzer Debatte wird das Gesetz einstimmig angenommen. — Es folgt das Gesetz über Zuständigkeit in Schulsachen, durch das der Geschäftsgang vereinfacht wird und Rechtskontrollen auf dem Gebiet des Privatunterrichts und Privatschulwesens eingeführt werden. In Vorschlagsangelegenheiten tritt das Beschlußverfahren an die Stelle des Verwaltungsstreitverfahrens. Wegen der Verlegung der Genehmigung von Privatschulen und zur Erteilung von Privatunterricht durch die Regierung soll die Beschwerde an den Oberpräsidenten und die Revisionsklage an das Oberverwaltungsgericht zulässig gemacht werden. Das Gesetz wird ohne Debatte angenommen. — Die Denkschrift über die staatliche Hilfsleistung aus Anlaß des Hagelwetters im Kreis Kreuznach im Jahre 1911 wird zur Kenntnis genommen. — Nach debattierender Erledigung des Restes der Tagesordnung erklärte Präsident v. Wedel: Erst wenn das Fideikommissgesetz spruchreif sein und der Etat an uns gelangen wird, kann ich die nächste Sitzung einberufen.

**Eine Interpellation über die Nordmarkpolitik im Herrenhaus.** Im Herrenhaus wurde eine Interpellation über die Nordmarkpolitik eingebracht und um Auskunft ersucht, was seitens der Regierung geschehen sei, um Dänemark zu Maßnahmen zu veranlassen, welche eine Einschränkung insbesondere der jüdischen Bewegung in Dänemark herbeizuführen geeignet sei.

**Die Erweiterung des Stadtkreises Dortmund.** In der gestrigen Sitzung des verstärkten Gemeindevorstandes des Abgeordnetenhauses wurde in der zweiten Lesung des Gesetzesentwurfs über die Erweiterung des Stadtkreises Dortmund und Änderung der Amtsgerichtsbezirke Kattrop und Dortmund abgestimmt und der Entwurf in der Regierungsfassung mit demselben Stimmenverhältnis wie in der ersten Lesung (13:8) angenommen.

**Tropenkrankheiten und Ruپیenwährung in der Budgetkommission.** Der Haushaltsausschuß des Reichstags beschloß im Verlaufe seiner gestrigen Sitzung über die Kolonie Ostafrika zunächst weiter mit der Bekämpfung der Tropenkrankheiten. Es wurde eine konservative Entschließung angenommen, wonach fürderhin approbierte Missionäre gleich den Regierungs- und Schutztruppengärtnern von der Verpflichtung entbunden werden, die Arzneimittel, die dem afrikanischen Verkehr entzogen sind, aus einer Apotheke des Schutz-

gebietes zu beziehen. Angenommen wurde eine Entschließung Krumm, dem Reichstag Mitteilung zu machen über die Maßnahmen zur Beseitigung der Fäulnis. Bei Wespung des Ruپیenwesens wurde Beseitigung der Ruپیenwährung und Einführung der Ruپیenwährung gefordert, die Frage inoffen offen gelassen. Der Staatssekretär verneinte die fortschrittliche Anfrage, ob durch die Abwägung eines Teiles der Kosten der Schutztruppe auf das Schutzgebiet Schwierigkeiten erwachsen seien. Ostafrika habe ebenso wie andere Schutzgebiete zu den militärischen und polizeilichen Kosten beizutragen. Am Schluß der Beratung erklärte der Staatssekretär auf das von konservativer Seite geäußerte Bedauern, daß Oberleutnant v. Schleinitz nicht mehr im Dienste der Schutztruppe tätig sein könnte. Es sei unmöglich gewesen, v. Schleinitz im Dienste zu belassen. Indes würden durch sein Auscheiden die Verdienste des langjährigen Kommandeurs nicht ausgelöscht.

**Die Gewerbeordnungskommission des Reichstags** lehnte es in ihrer gestrigen Sitzung ab, Gemüse- und Blumenfamen dem Hausierhandel zu entziehen, nahm vielmehr einen fortschrittlichen Antrag v. Beyer an, der vorschreibt, daß der Hausierhandel mit Gemüse und Blumen gestattet sein soll, wenn sie sich in geschlossenen Behältnissen befinden, auf denen die Menge, die Art und das Alter der Gemüse sowie die Adresse des Hausierers angegeben ist. Ein sozialdemokratischer Antrag, der Bijouterien und Schmucksachen im Werte von unter 1 M. dem Hausierhandel freigegeben will, wurde abgelehnt. Darauf erfolgte Verlesung.

**Die Spionagekommission des Reichstags** nahm gestern einen Absatz 2 zu § 8 an, wonach mit Gefängnis bestraft wird, wer mit einer Person, die im Interesse einer ausländischen Regierung tätig ist, Beziehungen anknüpft oder unterhält, welche die Mitteilung militärischer Geheimnisse oder im Interesse der Landesverteidigung geheim zu haltenen Nachrichten zum Gegenstand haben. Bei den Bestimmungen, die vom Betreten von Festungen und eines der Spionage ausgehenden Geländes handeln, wurde die Verletzung abgebrochen.

### Heer und Flotte.

**Personal-Veränderungen.** v. Winterfeld, Gen.-Leut. und Kom. der 17. Div., zum Gouverneur von Weh ernannt. Hoffmann, Bahnmeister vom 2. Bat. Gren.-Regis. Graf v. Kottwitz von Kottwitz (1. Bekt.) Nr. 6, zum 3. Bat. 2. Kass. Inf.-Regis. Nr. 88 versetzt.

**Eine Doppelstellenneubesetzung in Reg.** Durch den plötzlichen Tod des Gouverneurs von Weh, des Generalleutnants v. Lindenau, wird dort eine doppelte Neubesetzung nötig. Der Kommandant, Generalleutnant Fehr, v. Gregor, einer der letzten Eisernen-Kreuz-Mitter des aktiven Dienststandes, hat seinen Abschied eingereicht und erhält zum Nachfolger den Kommandeur der 18. Feldartillerie-Brigade in Altona, v. Jüngerleben, dem am 17. Februar der Charakter als Generalleutnant verliehen und der ab 1. März zur Dienstleistung in der Festung Weh befehligt wurde. Generalleutnant v. Jüngerleben gehörte als Stabsoffizier dem Kaiserlichen Militärkabinett an und war später Chef der Feldartillerie-Abteilung des Kriegsministeriums. In dieser Stellung hat er die letzte Vernehmung seiner Waise vorbereitet. — Der neue Gouverneur ist inzwischen, wie unter Personalien mitgeteilt, ernannt worden.

### Post und Eisenbahn.

**Die europäische Wagenbeistellungs-Konferenz** hat ihre Arbeiten beendet und als Ort der nächsten Tagung Ende Februar 1915 Innsbruck gewählt. Aus den Anträgen, welche die Konferenz beschließt, sind folgende von Interesse: In den Lagen zwischen Warschau und Berlin sollen, wie das in russischen Eisenbahnen üblich ist, Biogepläße eingerichtet werden, das heißt, daß ein Eisenbahnstrecke zweiter Klasse auch die Möglichkeit eines Schlafplatzes während der Nacht gibt, soweit der Platz reicht. Der Badegut Berlin-Wiesbaden soll einen direkten Anschlußwagen (Güter - Robben) erhalten, den Lagen Berlin-Bien über Oderberg soll eine dritte Klasse beigelegt werden. Auf der Strecke Warschau-Budapest sollen die Sicherheitsketten, die es bisher den Beamten unmöglich machten, während der Fahrt in ein Coupé zu steigen, entfernt werden. Die Linie Leipzig-Hamburg-Altona soll einen neuen Speisewagen erhalten. Auf den Linien Berlin-Paris, Kiel-Paris sollen möglichst nur deutsche Wagen verwendet werden, da die französischen zu leicht sind. Die Strecke Leipzig-Budapest soll neue Durchgangswagen erhalten, auf der Strecke Paris-Bien-Budapest sollen durchgehende Schlafwagen eingeführt werden. Die zwischen Innsbruck und Zürich laufenden Canadian Pacific-Ausflugszüge sollen nur vom 1. Juli bis 19. September

gehen. Der Schlafwagen Hamburg-Kopenhagen soll bis Köln weitergeführt werden; die Ostende-Wien-Linie wird direkt bis nach Rom verlängert, während die Wiesbadener Basel-Linie bis nach Lugern führen soll.

**Der deutsch-belgische Post- und Eisenbahnverkehr.** Die preussische Eisenbahnverwaltung hat im Hinblick auf die ungenügenden belgischen Eisenbahnverhältnisse beschlossen, ab 1. März die deutsche Post nach Frankreich nicht mehr durch Belgien, sondern über Frankfurt und Weh zu leiten. Wie verlautet, wird weiter die Einlegung neuer Züge von Berlin über Frankfurt-Weh nach Paris erwogen, dagegen ist die in Brüssel vorbereitete Maßnahme, daß die Expresszüge Berlin-Paris vom Mai ab über Frankfurt-Weh geleitet werden sollen, nach der „Köln. Ztg.“ unzutreffend. Eine Ablenkung sei nicht erfolgt und werde auch nicht geplant.

## Ausland.

### Österreich-Ungarn.

**Graf Stürgkh über die wirtschaftliche Lage.** Wien, 27. Febr. Gegenüber einer Deputation von Arbeitslosen, welche heute unter Führung von sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten beim Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh erschienen, wies Graf Stürgkh auf die Bestrebungen der Regierung hin, dem namentlich durch die Krise im Baugewerbe hervorgerufenen Arbeitsmangel durch eine intensive Förderung der privaten und staatlichen Bautätigkeit abzuwehren. Mit der Beruhigung der auswärtigen Lage gehe auch eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse Hand in Hand, und schon sei eine merkliche Erleichterung des Geldstandes bemerkbar, welche dazu beitragen werde, in der unmittelbar bevorstehenden Baufaison eine entsprechende Milderung der hier noch vielfach ungünstigen Verhältnisse herbeizuführen.

**Der Erzbischof von Salzburg.** Salzburg, 28. Febr. Der Erzbischof von Salzburg, Ratschthaler, ist gestern um 10½ Uhr nachts verstorben.

**Der Spionageprozeß Jandric.** Wien, 27. Febr. Vor dem Erkenntnisssenat des Wiener Landgerichts begann heute der Prozeß gegen den ehemaligen Leutnant Alexander Jandric wegen verdächtigter Ausplünderung militärischer Geheimnisse. Jandric wird beschuldigt, der russischen Militärbehörde wichtige Schriftstücke, betreffend den Aufmarsch der österreichisch-ungarischen Armee in Galizien, und andere geheimgehaltene militärische Vorbereitungen verkauft oder zum Verleiste angetragenen zu haben. Die Verhandlung war geheim. Der Angeklagte war tatsächlich geständig. — Heute früh wurde vom Garnisonsgericht das Urteil gegen seinen Bruder Sedomil Jandric bekanntgegeben. Jandric wurde wegen Verbrechens der Ausplünderung in Kriegszeiten und wegen Betrugs zu Degradation und 19 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

### Schweiz.

**Ein Grenzzwischenfall mit Deutschland.** Zürich, 27. Febr. Schweizerische Blätter berichten von einem deutsch-schweizerischen Grenzzwischenfall, der sich an der Grenze bei Emmishofen im Kanton Thurgau zugetragen habe. Nach diesen Berichten wurde dort ein Unterjuchungsgefangener, der vom Landgericht Solothurn her in die Unterjuchungsanstalt zurückgeführt werden sollte, in der Nähe der schweizerischen Grenze flüchtig und dann von einem deutschen Gefängniswärter 150 Meter auf schweizerischem Boden wieder festgenommen. In Bern wird man dem Vorfall keinerlei Bedeutung bei; er wird auf dem üblichen diplomatischen Wege erledigt werden.

### Belgien.

**Demission des Finanzministers.** Brüssel, 27. Febr. Finanzminister Debie hat demissioniert. Van Eyvers wird sein Nachfolger. Das Ministerium der Eisenbahnen wird wieder mit dem Ministerium der Posten, Telegraphen und Marine unter dem gegenwärtigen Inhaber Segers vereinigt.

### Frankreich.

**Die Finanzgesetze vor der Kammer.** Paris, 27. Febr. Die gestrige Kammer Sitzung hat mit einem entscheidenden Siege der Regierung geendet. Eingeleitet wurde die Debatte durch eine scharfe Kontroverse zwischen dem Finanzminister Caillaux und dem Abgeordneten Venoist. Sodann entwarf Caillaux seine Finanzpolitik und erklärte, daß er die große Kasse unbedingt verweigern würde, indem er gleichzeitig hinzufügte, daß er später die Kammer auffordern würde, sich ungewöhnlich darüber auszu-

## Festsetzung.

### Aus Kunst und Leben.

**— Kurhaus.** Das geliebte Sinfonie-Konzert fand unter Leitung des Herrn Hofkapellmeisters Ferd. Meißner. Herr Meißner ist, als geborener Wiesbadener und Sohn des verstorbenen, allgemein geschätzten Kammermusiklers H. Meißner, hierorts längst wohl bekannt. Er hat auf dem Wiesbadener Konservatorium (jetzt Direktor Michaelis) unter den Professoren Niemann, Fuchs und Mannhaedt einen Teil seiner Studien absolviert und war dann längere Zeit Dirigent der Kärnt. Hofkapelle in Balde-Pharmont. Späterhin hat Meißner sich dann hervorragende Verdienste erworben um die Gründung des „Verbandes deutscher Orchester- und Chorleiter“, als dessen Vorsitzender er heute noch eine weitverbreitete segensreiche Tätigkeit entfaltet. Auch die Gründung der kürzlich eröffneten „Orchester-Schule“ in Würzburg darf auf seine Initiative zurückgeführt werden; der Kürst von Lippe ernannte ihn daraufhin erst jüngst noch zum Hofrat. So war es nur zu begrüßen, daß die Kurdirektion die zu fällige Anwesenheit dieses verdienten Künstlers in Wiesbaden benutzte und ihn zu einer Gastdirektion im Kurhaus einlud. Sofort ließ seine Direktion gestern den gewiegten und routinierten Orchesterleiter erkennen: Sie ist durch Ruhe und Sicherheit, Festigkeit und Energie gekennzeichnet. Die Reichengegend befaßt sich auf das Nötigste; das aber prägt sich klar und deutlich aus. Die Kurkapelle, mit welcher der Dirigent schnell Fußfassen gewann, befand sich denn auch ihrerseits ein lebendiges Eingehen auf alle Intentionen des Dirigenten. Max Schilling's Prolog zu „Odysseus“ mit seinen schwerelastigen trochäischen Reizen und der düsteren Pracht des Kolorits gelangte zu eindrucksvoller Geltung; besonders rühmendwert: die sorgfältige Abtönung des hier fast unablässig beschäftigten Blechbläserchors. Auch die farbenfrohen, oft selbstständig ausgreifende E-Moll-Sinfonie von P. Schai-

lowsky erhielt eine exakte Wiedergabe; so namentlich das Andante, in welchem der Dirigent die wechselnden Modifikationen des Zeitmaßes mit großer Umsicht durchzuführen wußte, und der dritte Satz, der brillant spielte, fein-stilisierte „Walzer“. Wie nach diesen genannten Werken, so wurden dem Dirigenten auch nach der Schlusnummer, dem „Tristan“-Vorspiel von Wagner, lebhafteste Verehrungsbezeugungen seitens des zahlreich versammelten Publikums zuteil.

**\* Aus den Frankfurter Theatern.** Die einzige Oper des musikalischen Lyrikers Hugo Wolf, „Der Corregidor“, ist 1898 zum erstenmal in Mannheim aufgeführt worden. Seitdem ist nur in einigen Städten der Versuch wiederholt worden, das an musikalischen Schönheiten reiche Werk Bühnenwirksam zu gestalten. Aber es zeigt sich hier, wie stark der Durchschmitt-Theatergänger sich noch von der Handlung beeinflussen läßt; wäre es anders, so müßte „Der Corregidor“ zu den begabtesten Repertoirestücken zählen, denn das Werk ist, wie gesagt, reich an wundervoller lyrischer Melodik, die an einer fast artzweifeln zu nennenden Handlung verknüpft wird. Ob der neueste Versuch der Frankfurter Oper mehr Erfolg haben wird als die früheren, kann nicht ohne weiteres behauptet werden. Die Aufführung unter Kapellmeister Pollaks Leitung war jedenfalls vortrefflich, und die Darstellung — die Hauptrollen hatten Fr. M. die Herren von Scheidt und Schramm inne — hielt sich auf künstlerischer Höhe. — Im Schauspielhaus hat man ebenfalls einen Versuch gemacht, den dem Frankfurter Dialektstuck wieder zu Ansehen zu verhelfen. Seit dem Tode der Strohecker und Grün ist es kaum noch gelungen, das Frankfurter Dialektstück einigermaßen gut und urwüchsig darzustellen. Allerdings ist auch im Publikum das Verständnis für die Dialektsprache im Niedergehen begriffen, wenn trotzdem von dem „Wagnerkapitän“ noch eine starke Wirkung ausging, so ist das Grund genug, gelegentlich auch andere Dialektstücke hervorzuholen, etwa aus dem Grunde, um der Allfrankfurter Sprache wieder zu einiger Lebendigkeit unter den Bühnenkünstlern zu verhelfen. — Ein Konfession von drei Abteilungen und einem Komponisten haben der deut-

lichen Nation eine neue Operette geschenkt, welche die von „Puppchen“ her so beliebte Mitwirkung der Zuhörer gestattet. Sie heißt „Largoprinzessin“, hat bereits in Berlin Furore gemacht und ist nun auch im Schauspielhaus eingezogen, um sich allem Anschein nach auf längere Zeit festzusetzen. Der sehr allenthalben mit mehr oder weniger Grazie und Geschmack gedante Tango ist in den Mittelpunkt einer Operette gestellt — mehr läßt sich nicht darüber sagen. Ein Berliner Gast, Fr. Ellen Richter, Herr Janssen, Fr. Rohde, Fr. Donneringer und Herr Rohde bildeten die Hauptpersonen dieses neuesten Schöpfers.

### Kleine Chronik.

**Sibende Kunst und Musik.** Hermine Bosetti wurde nach der Aufführung von Haydn's Schöpfung in Berlin vom Kaiser ins Gespräch gezogen. Er drückte der Künstlerin seine höchste Anerkennung aus, auch für die Vorstellung der „Gugeneiten“, der er am Sonntag beigewohnt hatte. Frau Bosetti äußerte ihr Bedauern darüber, daß sie damals nicht so disponiert war, um ihr Bestes geben zu können. Der Kaiser antwortete darauf: „Wenn Sie dabei schon so schön singen, wie müssen Sie dann erst singen, wenn Sie ganz disponiert sind!“ Auch die Kaiserin sprach sich sehr Anerkennend über die Leistung der Künstlerin aus.

In einer Auktion in London wurden für den letzten grauen Filz, den Wagner in Rollen trug und den er, notariell bestätigt, Signor Conte Alberti hinterließ, 345 Pfund bezahlt.

Ferruccio Busoni will bis zum Herbst eine Oper vollenden, zu der Karl Vollmoeller das Buch geschrieben hat.

Franz Schreder, der Komponist der Oper „Der ferne Klang“, hat zurzeit die letzte Hand an ein neues Werk „Die Gezeiten“, das nach einer Mitteilung der „Münch. Ztg.“ an der Münchener Hofoper seine Uraufführung erleben soll.

Caruso wird im kommenden Herbst wieder eine Tournee durch die deutschen Großstädte machen.

sprechen, ob sie die Politik der Regierung billige oder nicht. Nach einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Brian und Millerand einerseits und Caillaux andererseits erklärte Ministerpräsident Doumergue, daß er von den sechs vorgeschlagenen Tagesordnungen nur eine annehmen könne, nämlich diejenige, die der Politik der Regierung das Vertrauen ausspreche. Diese Tagesordnung wurde bei der Abstimmung mit einer Mehrheit von 10 Stimmen angenommen. Die Sitzung wurde sodann aufgehoben.

**Liante über die Marokkopolitik.** Paris, 23. Febr. Auf einem Bankett, das die Gesellschaft zur wissenschaftlichen Erforschung Nordafrikas gab, hielt gestern Abend General Liante eine vielbesprochene Rede, in der er sich sehr vorsichtig über die Zukunft Marokkos ausdrückte. Der General, der mittlerweile, daß die bedeutendsten und mächtigsten Feinde sich ins Gebirge geflüchtet hätten, wies mehrmals mit Nachdruck darauf hin, daß noch manch schwerer Kampf zu bestehen sei. Er gab der Versicherung Ausdruck, daß er aller Schwierigkeiten Herr werden würde, wenn man ihm gänzlich freie Hand lasse und seinen Entschlüssen keinen Widerstand entgegensetze. Der Optimismus, der aus diesen Worten leuchtet, steht in merkwürdigem Gegensatz zu dem Optimismus, den die französischen offiziellen Kreise in marokkanischen Angelegenheiten stets zur Schau tragen.

**Verzicht der anderen Mächte auf die Kapitulationen in Marokko.** Paris, 27. Febr. Im Senat wurde der Gesetzentwurf über die Marokkoanleihe von 170 250 000 Franken für öffentliche Arbeiten und für die noch fälligen Rückzahlungen an den Maghazin erörtert. Im Laufe der Debatte erklärte der Ministerpräsident, es seien Verhandlungen eingeleitet worden, um einen Verzicht der fremden Mächte auf gewisse Vorrechte zu erreichen. Frankreich werde in naher Zukunft in Marokko von Kapitulationen befreit sein, ohne etwas von seinen Rechten aufgegeben zu haben. (Weisfall.) Darauf wurde dem Anleiheentwurf durch Handaufheben zugestimmt.

**Der „Walder-Rouffeu“ in Toulon.** Toulon, 27. Febr. Der Panzerkreuzer „Walder-Rouffeu“, der gestern von seiner Strandpoststelle in der Bucht von St. Jean wieder losgeschleppt worden ist, traf heute nachmittag in Toulon ein und wurde sofort ins Dock gebracht. Die Fahrt bis hierher ist ohne Unfall von Italien gegangen.

**Der Telegraphenbeamtenstreik in Paris.** Paris, 23. Febr. Die Telegraphenbeamten, die eine Erhöhung ihres Gehaltes auf 300 Franken monatlich fordern, haben gestern mittag, als die Abkündigung erfolgte, in allen Sälen des Zentralamtes Pfeifen ertönen lassen. Die Beamten und auch die Beamtinnen verließen die Säle und drängten sich auf die Treppen und in die Wandelgänge. Dort trafen sie auf eine Gruppe, die die Abgekündigten ersetzen sollte. Mit dieser zusammen ließen sie 3 Stunden lang im Takt den Ruf ertönen: „Gibt uns die 300 Franken!“ Der gesamte telegraphische Verkehr von Paris war eine Stunde lang unterbrochen.

### Dortugal.

**Bedenkliche Streikunruhen in Lissabon.** Madrid, 23. Febr. Obwohl die telegraphischen Verbindungen mit Portugal jetzt vollkommen unterbrochen sind, so liegen doch von aus Lissabon kommenden Reisenden genügende Nachrichten vor, um sich über die Zustände in Portugal ein einigermaßen klares Bild machen zu können. Aus den Berichten der Reisenden geht unwiderlegbar hervor, daß der Streik der Eisenbahner einen durchaus revolutionären Charakter angenommen hat. Die portugiesische Regierung soll von der Bewegung vollkommen übertrübt worden sein. Sehr viele Streikende, unter denen sich auch eine Anzahl Anarchisten befindet, sind verhaftet worden. Jedoch befinden sich die Rebellenführer noch in Freiheit. Gestern Abend befanden sich die Truppen alle strategischen Punkte Lissabons. In den äußeren Stadtteilen hörte man deutlich Gewehrfeuer. An vielen Straßenenden explodierten Bomben. Kavallerien mähnten wiederholt mit blanker Waffe gegen die erregte Volksmenge vorzugehen, die auf der Seite der Streikenden steht. Dynamitattentate sind auf der Tagesordnung. Die Anarchie ist so groß, daß der öffentliche Sicherheitsdienst völlig gelähmt ist.

**Der Eisenbahnverkehr unterbrochen.** Paris, 23. Febr. Nach den gestern Abend von den spanischen und portugiesischen Grenze eingelaufenen Nachrichten über den Eisenbahnstreik ist der Eisenbahnverkehr Portugals mit dem Auslande fast zur Unmöglichkeit geworden. Nur mit erheblichen Schwierigkeiten kann der Inlandsdienst aufrechterhalten werden. Die Minister dürfen sich nur unter den größten Vorsichtsmassregeln unter starker militärischer Bewachung auf die Straße wagen. Der Polizei ist es bisher nicht gelungen, auch nur einer der Bombenwerfer ausfindig zu machen. Handel und Verkehr in Lissabon und in den Provinzen leiden empfindlich.

### Italien.

**Der Schluß der Kammerdebatten über Libyen.** Rom, 27. Febr. Am Schluß der heutigen Sitzung der Kammer behauptete der Abgeordnete Cugnatio, die Ausgaben für Libyen wären besser für die Forderung der gesundheitlichen Verhältnisse in den ungesunden italienischen Gegenden verwendet worden, und er rief Quasquati zum Zeugen dafür auf, daß die Regierung sich verpflichtet hätte, sich dieser Aufgabe zu widmen. Darauf erwiderte sich ein lebhafter Zwischenfall. Quasquati sprang auf und bestaunte diese Verpflichtung Giolittis. Giolitti, Tedesco und Sacchi stellten das in Abrede; es handele sich nicht um eine Verpflichtung der Regierung, sondern nur um einen Austausch von Gedanken und Besprechungen privater Natur. Unter lebhaftem Lärm auf der äußersten Bank wurde die Sitzung aufgehoben. Nach Wiedereröffnung der Sitzung bestätigte Giolitti, daß es sich nicht um eine Verpflichtung der Regierung handele. Darauf wurde die Sitzung unter andauerndem Lärm geschlossen.

**Ein liberaler Hirtenbrief.** Rom, 27. Febr. Der längst als liberal bekannte Bischof Bonomelli von Cremona veröffentlicht einen Hirtenbrief, dessen Wortlaut jedoch nur aus Auszügen bekannt ist. Danach verurteilt der Bischof die Begriffe Materialismus und Antimaterialismus. Er freut sich über die Einheit Italiens und erklärt, die Kirche verlange heute nur Freiheit, keine Tribulationen. Der Bischof tadelt auch diejenigen privaten Vereine mit weltlichen Zwecken, die sich das Wort katholisch beilegen, und bedauert einen solchen Mißbrauch. (Riff. Ita.)

**Beziehungen zur Teilnahme in San Francisco.** Rom, 23. Febr. Dem „Messaggero“ zufolge soll Italien für die Teilnahme an der Weltausstellung in San Francisco die Bedingung gestellt haben, daß das durch die Einwanderungs-

bill erlassene Verbot der Landung von Analphabeten auf amerikanischem Boden nicht auf italienische Schiffe ausgedehnt werde.

### Rußland.

**Der Fürst von Albanien in Petersburg.** Petersburg, 23. Febr. Gestern nachmittag hatte Fürst Wilhelm zu Wied eine längere Konferenz mit dem Minister des Äußeren. Sodann stattete er mehreren Großfürsten und Großfürstinnen Besuche ab und nahm ein Diner auf der deutschen Botschaft ein. — Der Kaiser hat dem Fürsten von Albanien den Alexander-Newskiorden verliehen.

### Nordafrika.

**Neue Kämpfe der Italo-Tripolitanen.** Benghasi, 27. Febr. Die italienischen Truppen aus dem Gebiet Benghasi rückten gestern auf Sidi Jbrahim vor. Das dritte erprobte Bataillon hatte einen Zusammenstoß mit ungefähr 600 bewaffneten Aufständischen, die zur Flucht gezwungen wurden. Der Feind ließ auf dem Schlachtfeld 179 Tote zurück und nahm sehr zahlreiche Verwundete mit. Italienischerseits wurden ein Offizier und 20 Askari getötet und ein Offizier und einige Askari verwundet.

### Asien.

**Verdächtiger Tod eines chinesischen Staatsmannes.** R. Tientsin, 27. Febr. Chaopingchen, der Zulu von Tschili und Gymnastikpräsident, einer der treuesten Anhänger Quansichais und dessen rechte Hand, erkrankte gestern Abend und ist heute nachmittag gestorben. Es besteht der Verdacht, daß er vergiftet worden ist.

### Vereinigte Staaten.

**Ein Pilgerzug von Arbeitslosen.** New York, 23. Febr. Die allgemeine Arbeitslosigkeit in der Union hat jetzt dazu geführt, daß 200 Arbeitslose, mit Dedden und Kochgeräten ausgerüstet, von San Francisco aus den langen Marsch nach Washington angetreten haben, um dem Kongreß eine Petition um Errichtung von Arbeitsnachweisen zu unterbreiten. Die Leute hoffen, auf ihrer 3000 Kilometer langen Route verpflegt zu werden. Unterwegs soll die Schar der Arbeitslosen zu einer großen Armee answellen.

### Luftfahrt.

**Todessturz zweier Flieger.** Konstantinopel, 23. Febr. Der Flieger Fethi war mit dem Leutnant Sadik heute früh bei Damaskus aufgestiegen, um nach Jerusalem zu fliegen. Da bis Mittag keine Nachricht von ihm eintraf, wurden Nachforschungen angestellt, wobei man den zertrümmerten Flugapparat zwischen Samaria und Julia im Distrikt Librias auffand. Fethi und Sadik waren tot.

## Aus Stadt und Land.

### Wiesbadener Nachrichten.

#### Kommunaler Betriebsverband.

In dem in der heutigen Morgen-Ausgabe enthaltenen Artikel: „Die Lösung der Eingemeindungsfrage — ein großer kommunaler Betriebsverband!“ spricht — das werden die Leser selbst herausgefunden haben — Wiebich für seine Interessen. Der Artikel ist uns gestern Abend kurz vor Schluß der Redaktion von Wiebich aus zugesandt worden. Es war uns daher nicht mehr möglich, sofort zu der Sache selbst Stellung zu nehmen. Natürlich bezieht sich der Passus: „die den Gedanken einer Verabreichung unserer Kommunalsteuern aus eigener Kraft möglich machen“ auf unsere Nachbarstadt, die sich, wie in dem Artikel mit erfreulicher Offenheit gesagt wird, nach einem „anderen Wege“ umgesehen hat, auf dem sie ihre Finanzen „entspannen“ kann. Auf den ersten Blick hat der Weg, den Wiebich nach dem Bericht für geeignet zur Entspannung seiner Finanzen hält, etwas Verlockendes, denn durch die Zusammenlegung von Betrieben wird immer eine Verbilligung der Herstellung erzielt, die naturgemäß der Einwohnerschaft zugute kommt, wenn die Betriebe städtisches Eigentum sind. Es fragt sich nur, ob auch in diesem speziellen Fall eine Betriebsgemeinschaft zu einer Verbilligung der Produktionskosten führen würde. Das ist eine Frage, die man nicht ohne weiteres bejahen kann. Aber selbst, wenn man der Meinung ist, daß trotz des Auseinanderliegens der verschiedenen hier in Betracht kommenden Werke und anderer Umstände die Frage bejaht werden kann, so bleibt immer noch die weitere Frage: Ist diese Verbilligung so wesentlich, daß sie in der Tat zu einer Entspannung der Finanzen der Stadt Wiebich führen wird?

Wir sind der Meinung, daß die Stadt Wiebich — vorausgesetzt, daß sich der dortige Magistrat ernsthaft mit dem Gedanken an eine Betriebsgemeinschaft in der in dem zur Veranschaulichung stehenden Artikel näher dargelegten Weise trägt, — viel zu hohe Erwartungen an „ihren“ kommunalen Betriebsverband knüpft. Und wir sind weiter der Meinung, daß sich die Stadt Wiesbaden dem Wiebicher Plan gegenüber zwar nicht vollkommen ablehnend, wohl aber sehr reserviert verhalten müssen. Das Projekt zeigt, wenigstens in der Darstellung in der heutigen Morgen-Ausgabe, verschiedene Merkmale, die es als einen flüchtigen Einfall erscheinen lassen; der „weit ausschauende Plan“ rechnet vor allem mit Dingen, die, wenn sie überhaupt verwirklicht werden können, sicher verschiedene Jahre bis zu ihrer Realisierung benötigen haben. Das ist auf dem Papier bald gesagt: „Es dreht sich in bezug auf den Betriebsverband nur um die eine Frage, wird der Betriebsverband mit oder ohne Wiesbaden gemacht?“ Im Wirklichen wird man bei ernsthafter Prüfung der Sache gar bald finden, daß es doch wohl mehr Fragen als „nur“ diese eine gibt, um die es sich dreht.

Jedenfalls handelt es sich hier um ein Projekt, das man nicht von vornherein vollständig zurückweisen kann, das aber vorläufig doch noch völlig in der Luft steht. Nicht intransigente Gemüter können sogar auf den Gedanken kommen, der Plan sei überhaupt nur mit der Absicht — soll man Haupt- oder Nebenabsicht sagen? — entworfen worden, um die Stadt Wiesbaden der Eingemeindung Wiebichs geneigter zu machen. Nach unserer Kenntnis ist es übrigens falsch, daß die gelbe Streifenbahnlinie im Jahre 1913 für die beteiligten Kommunen frei wird. Die Konzeptionsdauer der gelben Linie läuft erst im Jahre 1929 ab. Allerdings hat die Stadt Wiesbaden (wie es sich mit Wiebich verhält, wissen wir nicht) verträglich das Recht, 10 Jahre nach Eröffnung des neuen Hauptbahnhofs diese Linie zu erwerben. Das wäre also im Jahre 1918. Aber sie kann nicht eine Linie allein übernehmen; der Verzug

mit der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft spricht vielmehr von der künftigen Übernahme des Gesamt-Strassenbahnnetzes. Die Sache liegt also auch hier lange nicht ganz so einfach, wie sie von Wiebich aus dargestellt worden ist. —

#### Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Die schöpferische Kraft in der sozialpolitischen Gesetzgebung ist aufgebraucht. Was Bismarck einst mit den Arbeitergeschützen begann, hat unlängst in der Angestelltenversicherung noch einmal eine erfreuliche Fortsetzung erfahren; aber schon beim Zustandekommen dieses Gesetzes machte sich in gewissen politischen Kreisen eine Unlust gegen sozialgesetzgeberische Maßnahmen geltend, die nur daraus zu erklären ist, daß man mit dieser sozialen Gesetzgebung zugleich politische Nebenzwecke verband. Man wollte den Arbeiter den Einflüssen der Sozialdemokratie entreißen. Als aber die letzten Wahlen ein beipflichtendes Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen brachten, da sahen sich jene Kreise in der Spekulation auf ihren Nebengewinn getäuscht. Damit schwand denn auch die erste Begeisterung, die sozialpolitischen Erwägungen traten in den Hintergrund, wirtschaftliche Gründe bestimmten heute das Maß und das Tempo der Gesetzgebung auf diesem Gebiet, und was dabei herauskommt, zeigt der neue Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe. Er hat große Verbitterung in Handlungsgesellschaften, lebhafteste Zustimmung aber auch in weiten Kreisen der selbständigen Kaufleute erregt. Selbst die Gegner der Sonntagsruhe werden an diesem Entwurf keine große Freude erleben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die völlige Sonntagsruhe in gewissen Orten für einzelne Geschäfte in der Übergangszeit Schädigungen mit sich bringt; diese Schwierigkeiten zu mindern, bedarf es deshalb des verständigen Zusammengehens aller Beteiligten, der Kaufleute, der Handlungsgesellschaften und der Käufer. Zu einer eingehenden Besprechung dieser Angelegenheit gab die gestern Abend in den Sälen der „Lützowgesellschaft“ einberufene Versammlung der fortschrittlichen Volkspartei Gelegenheit. Der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit — so führte der Vorsitzende Rektor Treidenstein einleitend aus — ist es, der uns zusammengeführt hat, und seine Verwirklichung trotz beachtenswerter Widerstände soll das Grundmotiv der Verhandlungen sein. In dem Gesetzentwurf des Hamburger Verbands, Herrn F. Sch. (Frankfurt) hatte die Verteilung einen sachlichen und temperamentsvollen Redner gewonnen, der sich seiner schwierigen Aufgabe geschickt und gerecht entledigte. Nach einem kurzen geschichtlichen Rückblick auf die aus religiösen Erwägungen gegebenen Bestimmungen über die Sonntagsruhe wandte sich der Redner zu den gesetzgeberischen Maßnahmen auf diesem Gebiete in Deutschland. 1890 brachte die Novelle zur Gewerbeordnung eine Höchstgrenze der Sonntagsarbeit von fünf Stunden mit der Maßgabe, daß die schon damals, so besonders von dem Staatssekretär v. Verlesch, erstrebte völlige Sonntagsruhe durch Ortsstatute eingeführt werden könnte. Ortsstatute führten aber nur 206 Gemeinden ein, und die Weise, in der man oft die 5 Arbeitsstunden über den ganzen Sonntag verteilte, sprach jedem sozialen Empfinden Hohn. Einen entscheidenden Fortschritt brachte der Gesetzentwurf von 1907, der völlige Sonntagsruhe für die Kontore und Ausnahmen nur bis zu dreistündiger Arbeitszeit festlegte. Die Reichstagsauflösung dieses Jahres ließ den Gesetzentwurf in der Versenkung verschwinden, und sein im November 1913 erschienener Nachfolger ist ein Reaktionär schlimmerer Sorte. Gesetlich soll eine zweistündige Kontorarbeit gestattet sein, und die Zahl der Ausnahmetage wird auf 10 erweitert. Der Gedanke der völligen Sonntagsruhe ist ausgefallen, obwohl 16 Städte dieselbe eingeführt haben. In diesen Städten wurden 2378 Firmen nach ihrer Stellung zur Sonntagsruhe befragt, und 2338 waren für unbedingte Sonntagsruhe mit dem Hinzufügen, daß sie keinerlei wirtschaftliche Nachteile dadurch gehabt hätten. Die übrigen Firmen verlangten eine allgemeine reichsgesetzliche Regelung für ganz Deutschland. Dasselbe erstrebten Frankfurt a. M., Offenbach und andere Städte. Welche Bedenken erheben sich gegen den Gesetzentwurf? Mit Rücksicht auf den Kleinhandel, der angeblich den Sonntagen den weitaus größten Teil seiner Einnahmen gutzuschreiben hat, wird auf die völlige Sonntagsruhe verzichtet, obwohl der Entwurf selbst zugibt, daß diese Bedenken auch früher geäußert worden wären, die sich aber durch die Anpassung der Käufer als unhaltbar erwiesen. Der Entwurf gestattet eine dreistündige Sonntagsarbeit, aber es ermangelt die Bestimmungen über die Verteilung der Arbeitsstunden auf den Sonntag. Das ist insofern ein Rückschritt, als z. B. Preußen schon die Verteilung getroffen hat, daß spätestens um 2 Uhr Arbeitsruhe eintreten muß. Den oberen Verwaltungen behörden sind in der Zulassung von Ausnahmegestaltungen weitgehende Befugnisse erteilt. Die Handlungsgesellschaften bringen auf Grund verschiedener Vorurteile (z. B. Mißhauften i. G.) diesen Stellen kein großes Vertrauen entgegen und wünschen vielmehr, daß diese Befugnisse den Kommunen übertragen werden. Die Zulassung von Ausnahmen für Städte mit starker Landwirtschaft will eine Ausbreitung des Hausierhandels verhüten und damit eine wirtschaftliche Schädigung der selbständigen Kaufleute. Die Ansichten über die Einkaufsgewohnheiten der Landwirtschaft bedürfen aber dringender Korrektur. Wenn heute die Konservativen als potentisierte Mittelstandstreiter für diese Fälle besondere Ausnahmen verlangen, dann muß man daran erinnern, daß 1891 dieselbe Partei Schluß der Sonntagsarbeit um 10 Uhr vormittags beantragte, und daß die „Kreuzzeitung“ beifallig, daß die Landbevölkerung Sonntags in der Stadt einkaufen müsse. Die Bewilligung der Ausnahmegestaltung in der Höchstzahl von 10 ist ebenso bedenklich wie die Begründung der Besuche auf Gewährleistung solcher Ausnahmen. Berechtigt sind nur die Ausnahmetage vor Weihnachten. Abzulehnen ist die gestattete Kontorarbeit und die Neuregelung der Sonntagsarbeit im Expeditionsgewerbe und der Schifffahrt, ebenso aber auch, wie es der „Verein jüdischer Staatsbürger“ getan hat, der § 3, der den orthodoxen Juden unbedingte Ausnahmegestaltungen gewährt. Die Veranlassung der Prokuristen zur vollen Sonntagsruhe würde eine verwerfliche Prokuristenzählerei zur Folge haben und eine Verringerung der sozialfördernden Maßnahmen durch einen indirekten Finanz. Als eine Voraussetzung muß es aber die Kaufmannschaft in ihrer Gesamtheit ansehen, wenn der § 18 bestimmt, daß alle Ortsstatute, also auch die mit völliger Sonntagsruhe, durch das Gesetz aufgehoben werden. In den Kommissionsberatungen hat man eine Vermittlung in der Frage der völligen Sonntagsruhe in der Weise erstrebt, daß in Städten über 75 000 Einwohner völlige Sonntagsruhe eingeführt werden sollte; eine schematische, widersinnige Regelung, welche die größten wirtschaftlichen Gefahren in sich birgt. Zum Schluß wies der Redner noch einmal auf die große Bedeutung des Problems für die körperliche und sittliche Erziehung unseres Volkes hin. An der

Disziplin, die erst nach Mitternacht ihr Ende fand, beteiligten sich Kaufleute und Handlungsgehilfen in ausgiebigster Weise, und sie führte zu einer völligen Übereinstimmung in den Grundfragen, wie sie in der untenstehenden einstimmigen angenommenen Entschliessung zum Ausdruck kam. Stadtverordneter Hessemer ist für völlige Sonntagsruhe; nur, wenn der Kleinhandel, der mit eigenen Leuten den Betrieb aufrecht erhält, es verlangt, soll man eine Ausnahme gestatten. Gleichzeitig stellt er eine falsche Behauptung richtig: Bei der Beratung des Ortsstatuts über die Sonntagsruhe hat er für volle Sonntagsruhe gestimmt. Die Herren Söflar, Seiler, Diels und Wagner vertreten energisch und unter Beifall die Forderungen der Handlungsgehilfen. Die Schwierigkeiten für die völlige Sonntagsruhe im Hinblick auf Mainz halten sie für nicht so groß, als daß sie bei dem nötigen guten Willen nicht befriedigt werden könnten. Sie misbilligen es, daß fortschrittliche Stadtverordnete seinerzeit gegen die Sonntagsruhe gesprochen hätten, erkennen aber an, daß von dieser Seite auch energisch für diese Forderung eingetreten wurde, während andere Gruppen weder dafür noch dagegen gesprochen, aber kräftig dagegen gestimmt hätten. Stadtverordneter Schwanl nimmt ebenfalls unsere Kommunalpolitik in dieser Angelegenheit in Schutz und Stadtrat Kallbrenner erklärt sich als entschiedener Anhänger der Sonntagsruhe, für die er eine reichsgesetzliche Regelung verlangt. Stadtverordneter Wolff, der in den Kreisen der Handlungsgehilfen durch seine Stellungnahme zur Sonntagsruhe mißfallen hat, verwahrt sich dagegen, daß er für die soziale Seite der Frage kein Verständnis besitzt. Er ist unbedingter Anhänger der Sonntagsruhe, wenn sie durch die Gesetzgebung des Reichs eine solche Friedebringend findet, daß nicht solche wirtschaftlichen Schädigungen entstehen, wie sie die Nachbarschaft von Wiesbaden und Mainz bei ortstatutarischer Regelung zur Folge hat. Seine Erklärungen wurden seitens der Handlungsgehilfen mit lebhafter Befriedigung aufgenommen. Im Schlusswort streifte der Referent noch einmal die vorgebrachten Bedenken und gab dann der Überzeugung Ausdruck, daß die Einführung der vollen Sonntagsruhe kommt, bald kommt. Die fortschrittliche Volkspartei, so schloß Rektor Freidenstein die Versammlung, ist die einzige bürgerliche Partei, welche die Frage der Sonntagsruhe in einer Parteiverammlung hier behandelt hat. Wir wollen dadurch die vorhandenen Gegensätze verstehen und ausgleichen lernen. Damit leistet die Partei zugleich an der kaufmännischen Jungmannschaft ein gutes Stück staatsbürgerliche Erziehung. Denn in der Vertretung der Ständes- und Berufsinteressen kann und darf der Deutsche von heute nicht aufgeben; sein Blick muß sich weiten auf das politische Ganze. Daraus politische Mitarbeit, politische Überzeugung und Meise, einerlei welcher Partei sie auch zugute kommt. — Der Abend bedeutete ein rechtliches Stück Arbeit, aber auch einen vollen Erfolg, der auch in einer Anzahl von Beitrittserklärungen zur Partei zum Ausdruck kam. — Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die vom Wahlverein der fortschrittlichen Volkspartei Wiesbaden einberufene, von selbständigen Kaufleuten und Handlungsgehilfen besuchte Versammlung ist der Ansicht, daß der dem Reichstag vorliegende Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe in sozialer Beziehung durchaus unzulänglich betrachtet werden muß. Sie fordert deshalb die 24. Kommission des Reichstags auf, für die allgemeine reichsgesetzliche Einführung der völligen Sonntagsruhe einzutreten. Die Versammlung kann in der Staffellung, wie sie in der Reichstagskommission beschlossen worden ist, keine genügende Lösung erblicken, weil diese Staffellung eine ganz willkürliche Behandlung der einzelnen Städte bringen würde.“

— Hohes Alter. In geistiger und körperlicher Frische feiert heute der hier seit vielen Jahren im Ruhestand lebende Major a. D. v. Tempelhoff seinen 80. Geburtstag. Der Jubilar diente zuerst im Infanterie-Regiment v. Goeben Nr. 28, später im 6. Rhein. Infanterie-Regiment Nr. 68, nahm an den Feldzügen 1866 und 1870/71 teil und wurde in letzterem schwer verwundet. Von seinen vielen Freunden und alten Kameraden sind Herrn v. Tempelhoff zu seinem Ehrenfest Glückwünsche zuteil geworden, und auch die Offizierskorps seiner alten Regimenter gedachten seiner durch besondere Ehrungen. Möge es dem Jubilar vergönnt sein, noch manches Jahr in bester Gesundheit im schönen Wiesbaden zu verleben.

— Vom neuen Schützenhaus. In der letzten Woche befestigte eine Abordnung des Frankfurter Magistrats in Gemeinschaft mit den Schützenmeistern der Frankfurter Schützengesellschaft das neue Schützenhaus der Wiesbadener Schützengesellschaft. Die Frankfurter Herren wurden vom Vorstand der „Wiesbadener Schützengesellschaft“ empfangen und sprachen nach Besichtigung der Schießanlagen und Restaurationsräume einstimmiges Lob über die großzügige und technisch einwandfreie Schießanlage sowie über die gemüthlichen Restaurationsräume aus. Der „Frankfurter Schützengesellschaft“ wird von der Stadt Frankfurt eine mit allen modernen Errungenschaften der Schießtechnik ausgestattete Schützenanlage errichtet, und hierbei sollen die Wiesbadener Anlagen als Muster dienen.

— Zum Fall Stemmler. In diesem Artikel in unserer Abend-Ausgabe vom 26. d. M. schreibt uns Justizrat Th. Erdmann, daß er aus dem Vertrag der Frau Stemmler mit ihrem Pfleger, dem ehemaligen Gerichtsassistenten Kauge, welcher Vorteile gezogen, noch für seine Tätigkeit ein Honorar erhalten, sondern den Vertrag lediglich als zu dem Abschluß des Vertrags bestellter Pfleger geschlossen habe. Ferner sei mit dem Urteil des Reichsgerichts eine Abweisung der Ansprüche der Frau Stemmler aus der Übertragung des Hausgrundstücks an Kauge, des einzigen bedeutenden Vermögensobjekts der Frau Stemmler, ausgesprochen. — Wir haben natürlich keinen Anlaß, der Richtigkeit dieser Angaben Zweifel gegenüberzustellen, glauben aber, daß die zuständigen Gerichte gerade den Fall Stemmler, oder, besser gesagt, den „Fall Kauge“ zum Anlaß nehmen sollten, bei Erledigung von Vermögenssachfragen, insbesondere bei Versteigerung von Vermögen, die allergrößte Vorsicht walten zu lassen. — Unser we. Berichterstatter schreibt uns übrigens noch zu derselben Sache: „Betrüßlich des Prozesses der Witwe Stemmler erfahren wir von recht kundiger Seite, daß derselbe durch das kürzlich gefällte Urteil des Reichsgerichts doch in der Hauptsache, und zwar so weit das Haus in Frage kommt, zugunsten der Klägerin entschieden ist. Bei dem noch unentschiedenen gebliebenen Anspruch handelt es sich lediglich um Bagatellen, die kaum eine Rolle spielen. Damit ist der armen Frau die Möglichkeit endgültig genommen, sich für Vermögensschädigungen, die ihr durch die Schuld Dritter in amtlicher Eigenschaft handelnder Personen erwachsen sind, schaden zu halten; und das ist vom Standpunkt des öffentlichen Rechtsbegriffens zu bedauern.“

— Allgemeine photographische Ausstellung. Der Magistrat hat die Räume des „Paulinenhöfchens“ für die im Monat September l. J. stattfindende Allgemeine photographische Ausstellung zur Verfügung gestellt. Die „Alpha“ entfacht jetzt schon in den weitesten Kreisen der Liebhaber- und Berufsphotographie sowie der photographischen Industrie ein großes Interesse, und die Anmeldungen laufen täglich sehr zahlreich ein. Es kann deshalb heute schon angenommen werden, daß die Ausstellung sich großzügig entwickeln und eine für die Weltstadt sehr bedeutsame Veranstaltung darstellen wird.

— Jagdliches. Mit dem 28. Februar geht die Schutzzeit auf männliches Rot- und Damwild und damit die eigentliche winterrliche Jagdperiode zu Ende. Die Jagd ist fortan nur noch offen auf Auer-, Vork-, Hasel- und Hasenhabüne, auf Trappen, Wildenten, Schnepfen. — Oskuf, am 15. März, da kommen sie — und anderes Wassergeflügel.

— Unfall. Gestern nachmittag wurde die Sanitätswache nach dem Hause Sonnenberger Straße 29 gerufen. Dort hatte sich der 48jährige Karl Seib durch einen Sturz vom Dach eine Handverstauchung und schwere innere Verletzungen zugezogen. Er wurde ins städtische Krankenhaus gebracht.

— Personal-Nachrichten. Es treten in den Ruhestand der Oberpostkassen-Buchhalter Rechnungsrat Grimm in Frankfurt a. M. (künftiger Wohnort Wiesbaden), und Oberpostassistent Flach in Wiesbaden a. M. — Entlassen ist krankheitshalber die Telegraphengehilfin Frä. Sörum in Elmberg.

— Tagblatt-Sammlungen. Dem Tagblatt-Verlag gingen an: Für die Drillinge zur Beschaffung eines Kinderwagens: von Frau A. M. 5 M., für die vom Schwäbischer Geschädigten an der Ostsee: von Frau M. 5 M.

— Kleine Notizen. Der vierte moderne Bibelsabend, an dem Pfarrer Beckmann über „Pflingsten“ sprechen wird, findet am Dienstag, den 3. März, abends 8½ Uhr, in der Lutherkirche statt.

#### Spielplan der Wiesbadener Theater.

| dem 1. März, bis 9. März | Königl. Schauspiel.                                                          | Reichens-Theater.                                              | Aur-Theater.                                                     |
|--------------------------|------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------|
| Sonntag                  | 2½ Uhr: (Wolffs.) Die Falsch-Regulation.<br>7½ Uhr: Ab. B. Die Jachversätze. | 1½ Uhr: (Gastbr.) Emma Hanna.<br>7 Uhr: Der ungetreue Ehemann. | Gastspiel: Franz Joseph Müller Bühne.<br>Ter.<br>William-Restut. |
| Montag                   | Abon. C. Die Hidermaus.                                                      | 1½ Gastspiel: Agnes Sorma: Marsch großes Herz.                 | Ter.<br>William-Restut.                                          |
| Dienstag                 | Abon. D. Wasges und sein Ring. (A. eine Beside.)                             | Ter. ungetreue Ehemann.                                        | Ter.<br>William-Restut.                                          |
| Mittwoch                 | Bei aufgez. Abon. Daniel und Gretel. Volksoper.                              | 2. (Lehjes) Gastspiel: Agnes Sorma: Esos.                      | Ter.<br>William-Restut.                                          |
| Donnerstag               | Bei aufgez. Abon. Volkmann.                                                  | Die spanische Fliege.                                          | Ter.<br>William-Restut.                                          |
| Freitag                  | Ab. A. 7½ Uhr: Der verwandelte Knecht. Hierauf: Der Diner 2. Akt.            | Kammer-pirouetten. Mandragola.                                 | Ter.<br>William-Restut.                                          |
| Sonntag                  | Ab. C. Liebsch.                                                              | Unbestimmt.                                                    | Ter.<br>William-Restut.                                          |
| Sonntag                  | Bei aufgez. Abon. Zum 1. Male. Verfalls. 5 Uhr.                              | Unbestimmt.                                                    | Ter.<br>William-Restut.                                          |

#### Dorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

\* Königlich. Schauspiel. Es wird noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die heutige Vorstellung „Der verwandelte Knecht“ um 6½ Uhr beginnt.

\* Reichens-Theater. Agnes Sorma hat in „Marsch großes Herz“, dem neuen Lustspiel von Korfis Holm, das hier am Montag gegeben wird, in Leipzig einen sensationellen Erfolg gehabt. Das Lustspiel, das sich alle Bühnen erobert, bringt für den großen Gast eine glänzende Rolle: die schöne, elegante Frau von 40 Jahren, die noch jung im Frischen und Lieben ist und mit ihrem Charakter noch alle Männer fesselt.

\* Wochen-Programm der Aur-Beranstellungen. Sonntag, 1. März: 11½ Uhr: Konzert in der Hochbrunnen-Tankhalle. 4 Uhr: Abonnements-Konzert. 8 Uhr im Abonnement: Deutscher Opern-Abend. Montag, 2. März: 4 und 8 Uhr: Militär-Konzert. Dienstag, 3. März: 4 und 8 Uhr: Abonnements-Konzert. 5 Uhr im Weinloale: Leo-Konzert. Mittwoch, 4. März: 11 Uhr: Konzert in der Hochbrunnen-Tankhalle. 4 und 8 Uhr: Abonnements-Konzert. 5 Uhr im Weinloale: Leo-Konzert. Donnerstag, 5. März: 4 und 8 Uhr: Abonnements-Konzert. 8 Uhr im kleinen Saale: Lichtbildervortrag des preußischen Oberleutnants und türkischen Hauptmanns Balzer Aref (Thema: Der türkisch-bulgarische Krieg und die Erfolge deutscher Flieger usw.). Freitag, 6. März: 4 Uhr: Abonnements-Konzert. 5 Uhr im Weinloale: Leo-Konzert. 7½ Uhr: 11. Aufzug-Konzert (Solisten: Eva Klavierschön von der Oper aus Dresden, Sopran, Prof. Karl Straube aus Leipzig, Orgel, Leitung: städtischer Musikdirektor Schürich). Samstag, 7. März: 11 Uhr: Konzert in der Hochbrunnen-Tankhalle. 4 Uhr: Abonnements-Konzert. 8½ Uhr: Opernabend des Entenbundes des Danner Stadttheaters. — Auto Omnibus-Rundfahrten (Abfahrt Rathaus): Sonntag: 10 Uhr Lössbach, 2½ Uhr Krimmstein, Dienstag: 10 Uhr Lössbach, 2½ Uhr Krimmstein, Mittwoch: 10 Uhr Lössbach, 2½ Uhr Krimmstein, Donnerstag: 10 Uhr Lössbach, 2½ Uhr Krimmstein, Freitag: 10 Uhr Lössbach, 2½ Uhr Krimmstein, Samstag: 10 Uhr Lössbach, 2½ Uhr Krimmstein.

\* Die städtische Gemäldesammlung und Ausstellung des Kassanischen Kunstvereins ist täglich, mit Ausnahme des Samstags, von 10 bis 1 Uhr vor- und 3 bis 5 Uhr nachmittags geöffnet.

#### Sport und Spiel.

\* Die Europameisterschaft im Eishockey wurde zwischen Böhmen und Deutschland entschieden. Die deutsche Mannschaft spielte anfangs recht gut, mußte aber schließlich die Überlegenheit der Böhmen mit 2:0 anerkennen, die dadurch die Meisterschaft gewannen. Halbzeit 1:0.

\* Skeleton-Rennen in St. Moritz. Das Skeleton-Rennen um den Kurvereinswettbewerb auf dem Dimjonrun in St. Moritz ergab: 1. Langen (Berlin) 2 Min. 19½ Sek., 2. Baguley (London), 3. Caranfil (Rumänien). Den Tauchwettbewerb für Damen gewann Fanny Eppeler (Karlsruhe) in 2:20 1/10.

\* Internationaler Lawn-Tennis-Langreg. Der Delegiertenkongress der Föderation Internationale de Lawn-Tennis, der sich über zwei Tage erstreckt, nahm in Paris seinen Anfang. Deutschland war durch Delegierte vertreten. Ferner hatten Österreich, Australien, Belgien, Dänemark, Frankreich, Holland, England, Ungarn, Südafrika, Schweden, Spanien und die Schweiz Vertreter entsandt. Die Abwicklung des äußerst reichhaltigen Programms nahm bei sehr lebhaften Debatten und Auseinandersetzungen einen langsame Verlauf. Am ersten Tag wurde genehmigt, daß der neue Internationale Lawn-Tennis-Langreg vom 1. März ab in Kraft treten solle. Bei den übrigen Punkten kam man noch zu keiner Einigung.

#### Neues aus aller Welt.

Ein ungetreuer Verbandsvorsitzender. Halle a. d. S., 28. Febr. Der Verleger der „Deutschen Friedhofszeitung“ und Vorsitzender des Verbandes der Friedhofsbeamten Deutschlands Weismeyer wurde verhaftet. Er soll sich verschiedener Betrugsereien, u. a. der Unterschlagung von Sterbegeldern, schuldig gemacht haben.

Neuer Schnee in Thüringen. Gotha, 27. Febr. In Thüringen und im Thüringer Wald ist seit gestern früh anhaltender starker Schneeeis bei drei Grad Maße eingetretet. Selbst noch eines Studenten nach gut bestandenen Examen, Freiburg i. B., 27. Febr. Der cand. med. Modert wurde aus Berlin entlassen, weil heute noch sehr gut bestandenen Staatsexamen aus unklaren Gründen.

Ein verhängnisvoller Feindstreich. J. J. J. J., 28. Febr. Im Feindstreich wurde ein Arbeiter, als Strahlegruppe verkleidet, auf die Straße. Einige Burken zündeten die Verkleidung an. Der Mann erlitt schwere Brandwunden und ist gestorben.

Ein Elefant entlaufen. Berlin, 27. Febr. Auf dem Bahnhof Weihensee entlief heute vormittag ein Elefant, der ausgelassen war und nach der Stallung in der Greifswalder Straße gebracht werden sollte. Er lief den Bahnhof entlang bis zum Bahnhof Brenzlauer Allee, wo er von den Warten und dem Besitzer, Menageriebesitzer Kreier, eingeholt und festgenommen wurde. Das Tier ließ sich ruhig in den Stall führen. In der Berliner Explosionskatastrophe, Berlin, 27. Febr. Bei den Aufräumarbeiten auf dem Terrain der Attiengeellschaft für Anstaltsfabrikation in Lichtenberg, wo sich gestern vormittag die furchtbare Explosionskatastrophe ereignete, sind heute nachmittag die noch lebenden Leichen der beiden Arbeiter Barionow und Böttke geborgen worden.

Ein Doppelfelbstmord aus Liebesgram. Berlin, 28. Febr. Gestern wurden im Walde bei Wilschdorf bei Berlin-Walke zwei Leichen gefunden. Unteroffizier Wilhelm Hansen von der 4. Batterie des Feld-Artillerie-Regiments Nr. 3 in Brandenburg und seine 17jährige Geliebte namens Anna Fischer aus Brandenburg erschossen aufgefunden. Aus einem hinterlassenen Briefe geht hervor, daß sie aus Liebesgram den Tod gesucht haben.

Verhängnisvolle geschäftliche Differenzen. Hamburg, 27. Febr. In dem Keller eines Hauses in der Langen Straße geriet der Händler Botschka mit dem Seiler Schorber während geschäftlicher Verhandlungen in Streit. Botschka wurde von seinem Gegner erschossen. Schorber erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Als Frau Botschka ihrem Mann helfen wollte, wurde sie von ihrem eigenen Gunde angefallen und schwer verletzt. Schorber und Frau Botschka wurden ins Krankenhaus gebracht.

Neue Hochwassergefahr im Memelsgebiet. Memel, 27. Febr. Die beiden Windungsarme des Ausflusses des Eismeis und Altmach sind durch große Eiswallen verstopft. Das Wasser ist seit gestern von 280 Meter bis auf 3 Meter weiter gestiegen. Die Eisbrecher, die in der Altmachwindung tätig sind, konnten bisher wegen des landeinwärts gehenden Windes nicht ansetzen.

Ein Chedrama. Prag, 28. Febr. In Matow in Südböhmen erschoss der Landwirt Lukash seinen Sohn aus erster Ehe, schon seinen zweiten Sohn nieder und vererbte sich dann selbst schwer durch einen Herabsturz. Seine zweite Frau hatte infolge der Eifersucht des Mörders die Scheidungsklage eingeleitet.

Blünderung eines Schlosses. Paris, 28. Febr. Das Schloss des Grafen de la Roche ist gestern nacht von zwei Dieben betraubt worden. Die Diebstahl drangen während eines heftigen Sturmes in den Garten des Schlosses, erschütterten auf mitgebrachten Strohballen die hohe Mauer und drangen in das Innere der Schlossverwaltung ein. Da sie den schweren Kasten nicht öffnen konnten, schleppten sie ihn mit sich in den Wald. Ein Räger fand ihn erbrochen unter einer Baumgruppe unweit des Schlosses auf. Den Dieben fiel ungefähr ¼ Million Mark in die Hände.

Selbstmord? Paris, 27. Febr. Der reiche Amerikaner Sarah Wolat wurde gestern in einem kleinen Pariser Hotel tot aufgefunden. Es wird vermutet, daß er Selbstmord begangen hat.

Drei vermiste Skifahrer wiedergefunden. Lyon, 27. Febr. Die Leichen der drei Skifahrer aus Lyon sind auf dem Jolyberg gefunden worden. Es bedurfte längerer Arbeit, um sie aus der hohen Schneefalle zu befreien.

Der Vergiftung im Tal Le Teil. Privas (Dep. Ardèche), 27. Febr. Bei einem Verstoß im Tal Le Teil ist eine Million Kubikmeter Gestein abgestürzt. Die Trümmer, die eine Barrade von 150 Meter Breite und 50 Meter Höhe bilden, sperren den Flußlauf so, daß das Wasser am Abfließen verhindert ist. Zahlreiche Arbeiter sind beschäftigt, einen Durchbruch herbeizuführen, damit eine Überschwemmung der etwas flussaufwärts gelegenen Ortschaften verhindert wird. Man fürchtet, ob etwa Kinder, die sich im Auerschlus des Felssturzes auf dem Wege zur Schule befanden, verdrängt wurden. Ein lebendiges Tierchen Teil des Bettes hängt so über, daß neue Abflüsse befürchtet werden.

Verdrängung in einer Kirche. Rom, 28. Febr. In der Kirche von Venzia hat sich ein furchtbarer Verdrängung abgelebt, indem eine verlassene junge Frau in der Mutter ihres noch Amerika auswanderten Verführers während der Messe durch vier Messerhiebe tödlich.

Sechs Personen ermordet. Petersburg, 28. Febr. In Weranikow im Gouvernement Baronsch lag eine Räuberbande ins Bürgermeisterei ein, ermordete 6 Personen, raubte mehrere Tausend Rubel und stündete schließlich das Haus an das vollkommen in Flammen aufzula.

Ein Gymnastikerkreis. Sofia, 27. Febr. Wegen Verschärfung der Rekrutierung weigern sich die Gymnasten und Gymnastinnen, die Schule weiter zu besuchen. Einige Schüler, die sich dem Befehle nicht fügten, sollen schwer mißhandelt worden sein.

20 Arbeiter verhaftet und getötet. Konstantinopel, 28. Febr. 20 Arbeiter, die mit der Errichtung von Gasanlagen in der Nähe des kaiserlichen Palastes, des Serails beschäftigt waren, sind unter der einwirkenden Mauer begraben und getötet worden.

#### Letzte Drahtberichte.

##### Zur heftigen Lehrerbefoldungsfrage.

wb. Berlin, 28. Febr. Das von der „Frankf. Ztg.“ mitgeteilte Gerücht von der Einwirkung der preussischen Regierung auf das heftige Ministerium in der Lehrerbefoldungsfrage entbehrt jeder Begründung.

##### Amerika und das deutsche Leuchtölmonopol.

# Berlin, 28. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Die „Daily Mail“ läßt sich aus Berlin melden, daß das von der deutschen Reichsregierung geplante Staatsmonopol für Leuchtöl der Washingtoner Regierung Veranlassung zu diplomatischen Schritten beim Berliner Auswärtigen Amt geben werde. In Amerika sei man der Ansicht, daß das Monopol die Wirkung haben werde, der „Standard Oil Co.“ einen ihr einträglichen Markt zu entziehen. Rockefeller's deutsche Organisation werde gezwungen sein, ihre ausgedehnten deutschen Anlagen zu einem Preise zu verkaufen, den die deutsche Regierung als Käufer festsetzen werde. Die Regierung der Vereinigten Staaten betrachte das geplante deutsche Monopol als gleichbedeutend mit der Konfiskation der deutschen Anlagen und Werte der Stan-



Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatts

|                          |       |
|--------------------------|-------|
| Argent. Nivigstord.      | 19    |
| do. preferred            | 24.75 |
| 4 Brazilian from 1889    | 74.50 |
| 5 Buenos Aires           | 67.50 |
| 5 Chinese from 1906.     | 102.  |
| 4% do. von 1898          | 94.30 |
| 3 Deutsch. Reichsanleihe | 78.   |
| 2% Engl. Konvols         | 75.87 |
| 4 Griech. Men.           | 57.   |
| 4 Japaner von 1905       | 88.   |
| 4% do.                   | 93.75 |
| 3% Ind. Rupees Anl.      | 84.37 |
| 5 Mexican. von. Anl.     | 81.   |